

# ***IGS – „Oben ohne?“*** **– Ein Skandal!?**

**Landkreis Osnabrück im  
Januar 1977: „Keine selbst-  
ständige Oberstufe an der  
Integrierten Gesamtschule  
Fürstenau“**

Ein Beitrag zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Britta Raskob und Hanna Richter, Klasse 9/6 der IGS Fürstenau

Fürstenau, Februar 2011

1.	Vorstellung unserer Gruppe .....	4
2.	Die Beschreibung unseres Themas.....	4
2.1	Die Gründung der IGS Fürstenau.....	4
2.2	Der Kreistagsbeschluss: Keine Oberstufe .....	4
2.3	Unser Thema .....	4
2.4	Zur Funktion der einzelnen Kapitel .....	4
2.5	Zum Titel der Arbeit .....	5
2.6	Hinweis zur Verschlüsselung .....	5
3.	Zur Gründung der IGS Fürstenau.....	5
3.1	Vorbemerkung.....	5
3.2	Ein Kreistagsabgeordneter blickt zurück .....	5
3.3	Ein kurzer „Ausflug“ zu den niedersächsischen Landesregierungen der damaligen Zeit .....	6
3.4	Abitur vor Ort.....	7
3.5	Eine IGS als Ersatz für ein weiteres Gymnasium im Altkreis Bersenbrück.....	8
3.6	Bildungsreform, Gesamtschule im ländlichen Raum.....	9
3.7	Oberstufe ja – Gesamtschule nein .....	10
3.8	Die IGS Fürstenau als christliche Gesamtschule?.....	10
4.	Warum sollte Fürstenau 1977 keine Oberstufe mehr erhalten? .....	13
4.1	Die „offiziell“ genannten Gründe .....	13
4.1.1	Die Schülerzahlen .....	13
4.1.2	Die Gefährdung anderer Gymnasien.....	13
4.2	Weitere Gründe .....	13
4.2.1	Die IGS Fürstenau hat sich während der ersten Jahre selbst geschadet.....	13
4.2.1.1	Erläuterung .....	13
4.2.1.2	Umstrittenes Verhalten einzelner Lehrerinnen und Lehrer.....	13
4.2.1.3	Junge Lehrer und ihre Berufsphilosophie .....	17
4.2.1.4	„Weg vom Alten“ .....	19
4.2.1.5	„Zu schnell zu viel“ .....	20
4.2.1.6	Das äußere Erscheinungsbild der Schule – leicht chaotisch? .....	21
4.2.1.7	Methodische Mängel .....	23
4.2.1.7.1	Keine Hausaufgaben – gleiche Bedingungen für alle? .....	23
4.2.1.7.2	Weniger Wiederholungen .....	23
4.2.1.7.3	Weniger Kontrollen.....	23
4.2.1.7.4	„Laissez-faire-Stil“ .....	24
4.2.1.8	Nicht zufrieden stellende Schülerleistungen .....	24
4.2.1.9	„Die Gesamtschullehrer stellten sich nicht der Kritik“ .....	26
4.2.1.10	„Nein, das ist nicht mehr unsere Schule“ .....	26
4.2.2	Was ist von außen gegen die IGS unternommen worden?.....	27
4.2.2.1	Öffnung andere Schulen in der Umgebung.....	27
4.2.2.2	Die Beratung an den Grundschulen .....	28
4.3	Zusammenfassung: Die IGS verlor das Vertrauen eines Teils der Elternschaft des engeren Einzugsbereichs .....	29
4.3.1	Einige Zahlen .....	29
4.3.2	Versuch einer Interpretation.....	30

5.	Der Kreistagsbeschluss .....	32
5.1	Auszug aus dem Kreistagsprotokoll.....	32
5.2	Die Argumentation einiger Kreistagsabgeordneter .....	32
5.2.1	Schülerzahlen .....	32
5.2.2	Entfernung .....	33
5.2.3	Das Engagement des IGS-Kollegiums .....	33
5.2.4	Weitere Argumentation .....	34
5.3	Reaktionen auf den Beschluss .....	35
5.4	Stellungnahme des Artland-Gymnasiums .....	37
6.	Die Oberstufe wird gerettet .....	40
6.1	Demonstration und Schulstreik .....	40
6.2	Zur Rolle der Kultusminister.....	44
6.3	Zur Bedeutung der Schulträgerschaft.....	46
6.4	Die endgültige Lösung des Problems.....	46
7.	Der Kreistagsbeschluss – ein Skandal?.....	47
7.1	Eine Umfrage .....	47
7.2	Zum Begriff Skandal .....	49
7.2.1	Zur Begriffserklärung.....	49
7.2.2	Skandal – für wen? Für wen nicht? .....	50
7.2.3	Skandal – und immer wieder Skandal? .....	51
7.3	Und was ist mit uns? .....	51
8.	Ein herzliches Dankeschön am Schluss .....	52
9.	Anhang .....	53
1		

## 1. Vorstellung unserer Gruppe

Wir sind zwei Schülerinnen des 9. Jahrgangs der Integrierten Gesamtschule Fürstenau. Unsere Namen sind Britta Raskob und Hanna Richter. Fürstenau ist eine Kleinstadt im Osnabrücker Land, ungefähr 50 km nördlich von Osnabrück in Niedersachsen.

Vor den Sommerferien 2010 fragte Herr Schmidt uns, ob wir ein weiteres Mal am Geschichtswettbewerb der Körberstiftung teilnehmen wollten. Da es uns im vorigen Durchgang (2008/2009) sehr gut gefallen hatte, war es für uns fast selbstverständlich, ein weiteres Mal teilzunehmen, wenn es ein passendes Thema gäbe.

## 2. Die Beschreibung unseres Themas

### 2.1 Die Gründung der IGS Fürstenau

Am 02.12.1970 veröffentlichte das Bersenbrücker Kreisblatt einen Artikel mit der Überschrift „In Fürstenau wird man Abitur machen können – Kultusminister von Oertzen genehmigte Sekundarstufe II“. Damit war der Grundstein für eine selbstständige Oberstufe gelegt.

### 2.2 Der Kreistagsbeschluss: Keine Oberstufe

Am 17.01.1977 beschloss der Kreistag, „einen Sekundarbereich II in gymnasialer Form als Außenstelle des Artland-Gymnasiums“ einzurichten. Dies bedeutete, dass Fürstenau keine selbstständige Oberstufe bekam.

### 2.3 Unser Thema

Unser Thema lautet im Kern: Wie kam es dazu, dass die für Fürstenau so wichtige Zusage einer Oberstufe aus dem Jahre 1970 keine sieben Jahre später zurück genommen wurde? Welche Wege führten von Beschluss 1 zu Beschluss 2? Dies ist die erste zentrale Frage unserer Arbeit. Die zweite lautet: Ist der Begriff Skandal für Beschluss 2 angemessen?

### 2.4 Zur Funktion der einzelnen Kapitel

Die Kapitelverteilung ist in jedem Projekt eine schwierige Arbeit. Im Arbeitsbericht haben wir die Erstellung der Gliederung bereits erläutert. Nun wollen wir kurz die verschiedenen Funktionen der einzelnen Kapitel aufzeigen.

In Kapitel 3 werden die Vorgeschichte der IGS Fürstenau und ihr Aufbau erörtert. Denn ohne jegliche Vorkenntnisse zur komplizierten Gründung der Gesamtschule in Fürstenau sind einige Reaktionen sowie der Kreistagsbeschluss selbst vielleicht nicht ganz verständlich.

In Kapitel 4 beschreiben wir die möglichen Gründe, warum die für Fürstenau geplante Oberstufe dann doch nicht mehr verwirklicht werden sollte. Wir stellen dort auch Entwicklungen an der Schule heraus, die ihre Akzeptanz in der näheren Umgebung sinken ließ und auch einen Angriffspunkt für IGS-Gegner boten, der Schule mit der Streichung einer selbstständigen Oberstufe zu schaden.

In Kapitel 5 beschreiben wir die Diskussion der Kreistagsabgeordneten und die der einzelnen beteiligten Schulen zum Kreistagsbeschluss.

Das Kapitel 6 befasst sich mit der „Rettung“ der eigenständigen Oberstufe an der IGS.

Und schließlich diskutieren wir in Kapitel 7 unsere zweite zentrale Frage und zwar die, ob der Kreistagsbeschluss wirklich als Skandal angesehen werden kann.

Wenn man unsere Gliederung nun genauer betrachtet, kann man eventuell auch eine „Metagliederung“ erkennen:

A: Die IGS Fürstenau wird gegründet.

B: Die IGS Fürstenau schadet sich selbst.

C: Die eigenständige Oberstufe wird „gekippt“.

D: Die eigenständige Oberstufe wird „gerettet“.

## 2.5 Zum Titel der Arbeit

Wir haben lange darüber nachgedacht, ob die Titelzeile möglicherweise etwas zu reißerisch sein könnte und wir uns damit dem „Bildzeitungsniveau“ näherten. Schließlich sind wir doch dabei geblieben, weil wir glauben, dass das gewählte Bild Interesse weckt. Wir sehen im Titel auch eine versteckte Handlung: (1) Die Fürstenauer Bürger erfahren, dass die Oberstufe gestrichen werden soll. (2) Sie reagieren mit dem lauten Ruf: „Skandal!“ (3) Wir fragen: „War es wirklich ein Skandal?“ Unsere Antwort erfolgt am Schluss.

## 2.6 Hinweis zur Verschlüsselung

Unsere Gesprächspartner/innen leben alle in Fürstenau. Wir wollen keine Wunden aufreißen, weil die eine dies und der andere das gesagt hat. Deshalb haben wir die Namen unserer Gesprächspartner verschlüsselt. Die Entschlüsselung ist Teil des Arbeitsberichts, der nur wettbewerbsintern veröffentlicht wird.

## 3. Zur Gründung der IGS Fürstenau

### 3.1 Vorbemerkung

Der Kreistagsbeschluss ist ohne Vorkenntnisse zur Vorgeschichte und Entwicklung der IGS in den ersten Jahren unverständlich. Daher wollen wir in hier auf die Gründungsgeschichte unserer Schule eingehen.

Ein grundlegendes Dokument bei unserer Arbeit war das Kreistagsprotokoll vom 17.01.1977, da durch den Beschluss, den die Abgeordneten an diesem Tage gefasst haben, eine eigenständige Oberstufe an der IGS Fürstenau vorerst nicht möglich gemacht wurde. Da dieses Dokument vielerlei Gründe für und gegen eine Oberstufe an der IGS Fürstenau enthält, haben wir uns sehr ausführlich mit diesem Protokoll beschäftigt und uns dafür entschieden, es als eine Grundlage für unsere Arbeit zu verwenden.

### 3.2 Ein Kreistagsabgeordneter blickt zurück

„Kreistagsabgeordneter Haar repetiert sodann die Entwicklungsgeschichte der IGS Fürstenau und die Erörterung im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Sekundarbereichs II bis zum heutigen Tage.“<sup>1</sup> Dieser Satz aus dem Protokoll der Kreistagssitzung war für uns ebenfalls ein wichtiger Anstoß, die Geschichte der IGS Fürstenau an den Anfang unserer Betrachtungen zu setzen.

---

<sup>1</sup> Kreistagsprotokoll, Anlage 3, S. 8, [http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/kt\\_protokoll\\_770117.pdf](http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/kt_protokoll_770117.pdf) (15.02.01)

### 3.3 Ein kurzer „Ausflug“ zu den niedersächsischen Landesregierungen der damaligen Zeit

In den nächsten Teilkapiteln werden wir vielerlei über einige Parteien Deutschlands und ihre Haltung gegenüber der Schulform Gesamtschule diskutieren, da diese sicher ausschlaggebend für die eine oder andere Entscheidung war. Deshalb hier zunächst ein Überblick<sup>2</sup>.

	Ministerpräsident	Koalitionspartner
1961-1970	Georg Diederichs (SPD)	SPD-BHE-FDP, SPD-FDP, SPD-CDU
1970-1976	Alfred Kubel (SPD)	SPD, SPD-FDP

In der für die Planung und Gründung der Gesamtschule Fürstenau entscheidenden Phase regierte in Niedersachsen also eine Große Koalition unter dem Ministerpräsidenten Alfred Kubel. Leider ist uns erst im Dezember des vergangenen Jahres klar geworden, dass Herr Langeheine in der Frühphase der Planung von Gesamtschulen Kultusminister war. Herr Langeheine war Mitglied der CDU. Wir waren darüber sehr erstaunt, denn wir glaubten, ein klares Bild der ablehnenden Haltung der CDU zu Gesamtschulen zu haben.

Dass auch schon unter einer Regierung mit Beteiligung der CDU die Gesamtschulen thematisiert wurden, bestätigte uns nicht nur der Zeitungsartikel vom 22.08.1968 sondern auch das folgende Zitat aus der Arbeit von Dr. Dieter Gallas mit dem Titel „Gesamtschulen in Niedersachsen“. „In seinen ‚Gedanken zur Reform des Schulwesens‘ stellte Richard Langenheine (CDU), damaliger Kultusminister, immerhin die Frage, ob das allgemeinbildende Schulwesen ‚auf die Dauer in drei Sparten geteilt bleiben kann‘.“<sup>3</sup>

Warum hat uns aber dann Herr Bresser, einer der wichtigsten Kreistagspolitiker der SPD in der für uns zentralen Zeit des Beschlusses, erzählt, dass die CDU immer auf der Seite des dreigliedrigen Schulsystems gestanden habe? Das ist doch ein Widerspruch. Versuchen wir einmal, dieses Problem einer Lösung näher zu bringen.

Zum Einen muss berücksichtigt werden, dass die Politik, wie oben erkennbar, in Niedersachsen in den Jahren 1965 bis 1970 im Wesentlichen von einer Großen Koalition gestaltet wurde. Wir gingen nun davon aus, dass die SPD vielleicht „ihre Finger im Spiel hatte“, doch wir konnten uns leider nicht ganz absichern und eine Recherche nach dem Koalitionsvertrag der CDU und der SPD im Internet hätte zum Anderen zu viel Zeit in Anspruch genommen und war für unser Thema auch nicht von hoher Bedeutung. Aber es darf davon ausgegangen werden, dass die Politik einer Koalition fast immer so gestaltet ist, dass sich alle beteiligten Parteien in der gesamten Politik wieder finden. Unter einer SPD-CDU-Regierung gab es also keine CDU-Kulturpolitik in Reinform, wenn die CDU den Kultusminister stellte. Und die SPD könnte ja – siehe Zitat Gallas’ – bei Herrn Langeheine eine gewisse Offenheit für Schulreformen entdeckt haben.

---

<sup>2</sup> [http://www.election.de/hist/hist\\_ns.html](http://www.election.de/hist/hist_ns.html) (28.01.2011)

<sup>3</sup> [http://volksbegehren-schulen.de/modx/assets/files/Informationen/Hintergrund/VolksbegehrenSchulen\\_DG\\_Gesamtschulen\\_in\\_Niedersachsen.pdf](http://volksbegehren-schulen.de/modx/assets/files/Informationen/Hintergrund/VolksbegehrenSchulen_DG_Gesamtschulen_in_Niedersachsen.pdf) (12.02.11)

Im Internet fanden wir auch ein Zitat von Georg Diederichs, dem damaligen SPD-Ministerpräsidenten: „Soll der große Wurf gelingen, müssen beide Flügel schwingen.“ Es scheint so, als wenn dieser Satz auf den linken und rechten Parteiflügel anspielte.<sup>4</sup> Wenn er nun, laut Zitat, die Flügel der SPD umfassen konnte, konnte er vielleicht auch die CDU mit einbeziehen. Das wären Erklärungen für die für uns, wie geschrieben, überraschende Tatsache, dass der Startschuss für Gesamtschulen in Niedersachsen von einem CDU-Kultusminister gegeben wurde.

Zum Anderen liegen zwischen der Planung der Gesamtschulen – wir gehen einmal davon aus, dass im Jahr 1968 die ersten Denkanstöße in diese Richtung erfolgten – und dem Kreistagsbeschluss, auf den sich Herr Bresser bezieht, etwa zehn Jahre. In dieser Zeit könnte sich bei der CDU eine fast durchgehend ablehnende Haltung herausgebildet haben. Vielleicht wollte sie auf deutliche Distanz zum SPD-Linken von Oerzten gehen.

Und dann sind demokratische Parteien nie ein fester Block. Es gibt in ihnen immer unterschiedliche Strömungen, die zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich großen Einfluss auf die Partei ausüben. Dies lässt sich sehr gut an Dr. Werner Remmers feststellen. Seine Rolle im Kampf um die eigenständige Oberstufe werden wir noch in Kapitel 6 beschreiben.

Auch wenn die meisten CDU-Politiker in Fürstenau Befürworter ihrer Schule waren bzw. sind, so glauben wir, dass die anderen CDU-Kreistagspolitiker damals deutliche Gegner der IGS waren. Vielleicht hat sich die Neinsager-Position der CDU auch erst dann gebildet, als die IGS-Befürworter in der Zeit der absoluten SPD-Mehrheit in Hannover zur ganz großen Reform bliesen.

### 3.4 Abitur vor Ort

Die Stadt Fürstenau hatte in den Jahren vor der Gründung der IGS mehrere Schulen. Es gab zwei Volksschulen, die evangelische und die katholische Volksschule, und eine Realschule<sup>5</sup>. Es gab aber keine Schule mit einem gymnasialen Zweig, das heißt, in Fürstenau gab es keine Möglichkeit, das Abitur zu erreichen. Stattdessen mussten die Fürstenauer Schüler, wenn sie Abitur machen wollten, nach Quakenbrück (36 km) oder Rheine (42 km) fahren. Als sich in den 70er Jahren der Landkreis Bersenbrück dafür entschied, neben dem Artland-Gymnasium, das schon seit 1354<sup>6</sup> besteht, noch weitere Gymnasien errichten zu lassen, wollten auch die Fürstenauer ein Gymnasium in ihrer Stadt haben. Sie wollten ihren Kindern die Möglichkeit geben, das Abitur in Fürstenau zu absolvieren<sup>7</sup>.

---

<sup>4</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Georg\\_Diederichs](http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Diederichs) (29.01.11)

<sup>5</sup> Gesprächspartnerin 1

<sup>6</sup> Website des Artlandgymnasiums (22.12.10)

<sup>7</sup> Dirkmann: Strukturelle Entwicklung der IGS Fürstenau von den Anfängen bis heute  
[http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/strukt\\_entw.pdf](http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/strukt_entw.pdf), 15.02.11

Erschwerend kam noch hinzu, dass die Bahnstrecke von Rheine über Fürstenau nach Quakenbrück am 31.05.1969 still gelegt wurde<sup>8</sup>. Nun war den Fürstenauer Jugendlichen auch noch der schnellst mögliche Transfer zu den bestehenden Gymnasien genommen worden. Weil die Schüler/innen aber ohne Bahn unter erschwerten Bedingungen weiterhin pendeln mussten, war der Wunsch noch größer geworden, das Abitur in Fürstenau zu erwerben. Doch Fürstenau bekam kein Gymnasium. Die Städte Bersenbrück und Bramsche wurden bevorzugt. Dies könnte im Falle von Bersenbrück daran gelegen haben, dass die Stadt im Kreis zentral gelegen und gleichzeitig der Verwaltungsmittelpunkt war.<sup>9</sup> Für die Stadt Bramsche fielen uns die Argumente der größten Einwohnerzahl im Altkreis Bersenbrück und ihrer gute Verkehrsanbindung ein. Alle Gymnasien waren somit entlang der Schiene Osnabrück-Oldenburg errichtet worden. Mit der Entscheidung, kein weiteres Gymnasium im Umkreis zu bauen, da das Angebot zu reichhaltig war, blieb der Wunsch der Fürstenauer Bürger, ein Gymnasium in ihrer Stadt zu haben, zunächst unerfüllt<sup>10</sup>. Der Wunsch in dieser im westlichen Teil des Bersenbrücker Kreises gelegenen Stadt, dort das Abitur machen zu können, blieb aber trotzdem weiterhin bestehen.

### 3.5 Eine IGS als Ersatz für ein weiteres Gymnasium im Altkreis Bersenbrück

Nun hatte man, um es etwas locker zu formulieren, in Fürstenau erfahren, dass es eine neue Art von Schule geben sollte, an der man auch Abitur machen konnte, nämlich Gesamtschulen. Die Fürstenauer stellten sich die Frage, ob nicht eine solche Schule eine Lösung für sie wäre.<sup>11</sup>

Damals war die Landesregierung in Niedersachsen für die Umstrukturierung des dreigliedrigen Schulsystems: spätere „Sortierung“ der Schüler/innen, längere Zusammenarbeit in einer Schule, etwa so, wie man es vom skandinavischen Schulsystem und auch aus der DDR kannte.

Für dieses Projekt wurden im Land Niedersachsen sechs Gesamtschulen als Modellschulen eingerichtet, die alle in Großstädten entstanden. Nun bot es sich an, eine siebte Gesamtschule zu errichten, und zwar in Fürstenau also im ländlichen Raum.<sup>12</sup>

Nun haben wir uns die Frage gestellt: „Warum wollte eine Stadt mit CDU-Mehrheit eine Gesamtschule errichten lassen?“ Denn die CDU wollte damals in ihrer großen Mehrheit keinerlei Einschränkungen des dreigliedrigen Schulsystems.<sup>13</sup>

Doch der Wunsch, den Kindern zu ermöglichen, das Abitur in Fürstenau zu machen, war noch geblieben und an einer Gesamtschule konnte man sich diesen Wunsch erfüllen. Außerdem sollte Fürstenau weiterhin auch für die Jugend attraktiv bleiben, nachdem schon der Bahnhof, das Krankenhaus – und später – auch die Bundeswehrkaserne geschlossen worden waren. Die Gesamtschule wurde von vielen als Ersatz für das gewünschte Gymnasium angesehen. Darin lag, wie wir später zeigen wollen, eines der Kernprobleme der Integrierten Gesamtschule in Fürstenau, das im Nachhinein Anlass zu größeren Schwierigkeiten bot.

---

<sup>8</sup>[http://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke\\_Duisburg%E2%80%933Quakenbr%C3%BCck#Rheine\\_.E2.80.93\\_Quakenbr.C3.BCckNun](http://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke_Duisburg%E2%80%933Quakenbr%C3%BCck#Rheine_.E2.80.93_Quakenbr.C3.BCckNun), Stand 23.12.10

<sup>9</sup> Wikipedia, „Bersenbrück“, Stand 23.12.10

<sup>10</sup> Gesamtschule Fürstenau 1971-1991, Festschrift zum 20-jährigen Bestehen, Website der IGS Fürstenau

<sup>11</sup> Gesprächspartnerin 5, Festschrift zum 20-jährigen Bestehen

<sup>12</sup> Gespräch mit Herrn Bresser

<sup>13</sup> a.a.O.

Vielleicht war einigen Eltern und Politikern gar nicht ganz klar, was sich hinter der neuen Pädagogik, die die Planer mit dieser Schulform verbanden, verbarg. Dies äußerten zahlreiche Gesprächspartner<sup>14</sup>. Die Hauptsache war, dass ihre Kinder endlich das Abitur in Fürstenuau machen konnten.

### 3.6 Bildungsreform, Gesamtschule im ländlichen Raum

Das Bersenbrücker Kreisblatt veröffentlichte am 29.08.1970 einen Artikel mit der Überschrift: „Über 70 Prozent Volksschüler“. Wörtlich heißt es in einem Abschnitt: „Dabei stellte sich heraus, dass in diesem Gebiet eine relative Schulferne zu den traditionellen weiterführenden Schulen vorliegt, die dazu führt, dass über 70 Prozent der Schülerbevölkerung noch die Volksschule besuchen, während in weiten Bereichen noch nicht einmal zehn Prozent – in vielen Gemeinden überhaupt nicht – in ein Gymnasium eingetreten sind.“

Besonders der Satz, in dem geschrieben steht, dass damals nicht einmal zehn Prozent der Schüler, mancherorts sogar gar keine Schüler das Gymnasium besucht haben, hat uns erschreckt. Wenn man sich vergewissert, dass in der heutigen Zeit ein großer Teil der Schülerschaft das Gymnasium besucht, ist der beschriebene Zustand alles andere als erfreulich. Woran kann es gelegen haben, dass es heute so viele sind und damals so wenige waren? Hat vielleicht diese Situation auch dazu beigetragen, dass es zur Errichtung einer Gesamtschule im ländlichen Raum kam?

Die Zeit, in der die IGS Fürstenuau ihren Anfang hatte, lag in den 60er und 70er Jahren. Dies war eine Zeit, in der sich viele Menschen nach Veränderungen in mehreren gesellschaftlichen Bereichen sehnten. Auch die Bildung sollte von diesen Veränderungen betroffen sein. Die späten 60er und 70er Jahre waren eine Zeit des Umschwungs. Viele Menschen stellten sich die Frage, ob die bisherige Lebensweise oder die bisherigen Ansichten in der Bildung und der Erziehung der Kinder ihren Stellenwert behalten sollten<sup>15</sup>. Das Problematische an diesem Ziel lag darin, dass einige Menschen sicherlich auch an Traditionen festhalten wollten, zum Beispiel an der Tradition des dreigliedrigen Schulsystems oder an ihrem Bild von Ordnung und Disziplin im Umgang zwischen Lehrern und Schülern.

Wie wir oben im Abschnitt aus dem Bersenbrücker Kreisblatt gelesen haben, gab es in dieser Region nur sehr wenige Schüler/innen, die das Abitur erreichten. Die IGS in Fürstenuau sollte für eine größere Chancengleichheit für die Kinder des ländlichen Raumes sorgen. Denn dass nur wenige Schüler vom Lande Abitur machten, lag nicht daran, dass sie zu „dumm“ waren, sondern daran, dass sie wie am Beispiel Fürstenuau ersichtlich nicht dieselben Chancen hatten wie die Kinder aus den großen Städten, da ein Kind vom Lande doch vielleicht zögert, täglich die weite Strecke zum nächsten Gymnasium zu fahren.<sup>16</sup>

Um zu klären, in welchem Maße welche Ziele der Schulreformen mit welchen Methoden erreicht werden konnten, bekam jede Schule eine wissenschaftliche Begleitung zur Seite gestellt. Diese sollte die Ziele der Gesamtschule kontrollieren, indem sie Schüler und Lehrer häufig und zu unterschiedlichen Themen befragten und diese Befragungen wissenschaftlich auswerteten. Dies sollte vielleicht auch ein Mittel sein, um Eltern ihre Angst vor den Neuerungen zu nehmen.

---

<sup>14</sup> Gesprächspartnerin 3

<sup>15</sup> Gesprächspartnerin 2

<sup>16</sup> Gesprächspartnerin 2

„Voraussetzung für das Gelingen ist, dass alle Kinder des hiesigen Raumes dann die integrierte Gesamtschule in Fürstenau besuchen werden.“ So sagten es laut Zeitungsbericht die beiden führenden Politiker Fürstenaus, Stadtdirektor Bührmann und Bürgermeister Wilmering.<sup>17</sup>

Mit dieser Aussage sind wir schon mitten im wohl größten Problem des einzigen Gesamtschulversuches im ländlichen Raum, welches wir im nächsten Kapitel noch näher erläutern werden. Denn diese Schule hatte mit ganz anderen Problemen zu kämpfen als die Gesamtschulen z.B. in Hannover oder Braunschweig, wo es fast immer neben den Gymnasien auch für die Gesamtschulen ausreichende Schülerzahlen gab.

### 3.7 Oberstufe ja – Gesamtschule nein

„Ratsherr Becker (Unabhängig) betonte, dass ihm von Oberkreisdirektor Kreft jede Unterstützung für die Verwirklichung dieses für Fürstenau bedeutenden Projektes zugesagt worden sei, und man hoffe, somit doch noch in den Besitz einer Oberschule zu kommen.“. Dieses Zitat fanden wir in einem am 22.08.1968 erschienenen Zeitungsartikel mit dem Titel „Stadt Fürstenau hat eine Gesamtschule beantragt.“

Über das Wort Oberschule stolperten wir zunächst. Da wir es in einem Stichwortkatalog zum Inhalt unserer Materialien gefunden haben, fragten wir unseren Tutor, ob hier nicht das Wort Oberstufe gemeint wäre. Wir schauten uns den besagten Artikel dann noch einmal in seiner Gesamtfassung an und erkannten, dass das Wort Oberschule tatsächlich in diesem Artikel stand. Wir gaben das Wort „Oberschule“ auf der Internetseite von Wikipedia ein und fanden heraus, dass das Wort Oberschule damals ein anderes Wort für „Gymnasium“ war.

Ratsherr Becker meinte also, dass durch die Gesamtschule, die errichtet werden sollte, Fürstenau in den Besitz eines Gymnasiums kommen könnte. Wenn die Meinung Herrn Beckers auch das Bild vieler anderer Politiker gewesen wäre, würde das bedeuten, dass die Gesamtschule nur wegen der Oberstufe zu Stande kam. Das hieße auch, dass manche Personen einschließlich Herr Beckers sich unter der Gesamtschule eigentlich ein Gymnasium vorstellten.

Dieser Satz des Ratsherrn Becker hat uns das bestätigt, was wir schon vermutet hatten: Die IGS wurde in Fürstenau nicht deshalb errichtet, weil die Fürstenauer Bürger und der Stadtrat fasziniert von der Idee einer Gesamtschule waren oder weil sie sich für die neue Pädagogik interessierten. Die IGS war aus unserer Sicht von einigen Bewohnern Fürstenaus vor allem wegen ihrer Oberstufe gewollt. Es könnte aber durchaus so gewesen sein, dass einige Eltern mit der Zeit nicht nur die Oberstufe wollten, sondern auch die IGS an sich.

Doch genau mit dieser Einstellung „Oberstufe ja – Gesamtschule nein“ würden wir sagen, entstanden auch einige Probleme, die man hätte vermeiden können, wenn man sich im Voraus klargemacht hätte, was für eine Art von Schule diese Schulversuche überhaupt waren. Darauf gehen wir in Kapitel 4 noch näher ein.

### 3.8 Die IGS Fürstenau als christliche Gesamtschule?

Am 22.08.1968 veröffentlichte das Bersenbrücker Kreisblatt in einem Artikel folgendes Zitat: „... ein entsprechendes Schreiben, in dem die Einrichtung einer christlichen Gesamtschule für die Stadt Fürstenau beantragt wird, wurde dem Niedersächsischen Kultusministerium bereits zugestellt ...“ Leider haben wir das Schreiben der Stadt Fürstenau nicht vorliegen, und wir sahen aufgrund unseres Themas keinen dringenden Anlass, danach weiter zu forschen.

---

<sup>17</sup> Bersenbrücker Kreisblatt, 02.12.1970

Auch in dem Buch „Fürstenau – Burg und Stadt in Wort und Bild“ von August Schröder steht: „Im Jahr 1970 erhält die Stadt eine christliche Gesamtschule“ (S. 87). Wir möchten kurz darauf hinweisen, dass der Autor sich bei der Jahreszahl geirrt hat, obwohl – laut Zeitungsartikel vom 02.12.1970 – spätestens dann feststand, dass die Schule erst im August 1971 starten würde. Als damaliger Stadtgeschichtsexperte hätte er sich vor dem Erscheinen des Buches informieren können.

Die IGS sollte also eine christliche Gesamtschule werden. Die Idee einer christlichen Gesamtschule war sicherlich keine schlechte. Da es in dieser Schule keine strikte Trennung der beiden christlichen Konfessionen gäbe, kämen sich die beiden Konfessionen durch die IGS im Laufe der Zeit wieder näher. Ob „Christliche Gesamtschule“ oder nur „Gesamtschule“, es würde auf jeden Fall eine überkonfessionelle Schule werden. Das war sicherlich etwas Positives.<sup>18</sup>

Aber stünde die besondere Rolle der Kirche in einer christlichen Gesamtschule vielleicht im Widerspruch zu den Plänen der Gesamtschulgestalter? Das können wir nicht mit hundertprozentiger Sicherheit sagen. Im Hinblick auf die Bildungsreform, die wir schon erwähnt haben, würden wir sagen, dass eine christliche Gesamtschule klar im Widerspruch zu den eigentlichen Plänen der Gesamtschulgestalter gestanden hätte. Denn wir hatten den Eindruck, als wollten die Gesamtschulgestalter sich von dem großen Einfluss, den die Kirche damals ausgeübt hat, entfernen. Die christliche Kirche bestand seit mehreren Jahrhunderten und sie hatte immer auch an den alten Traditionen festgehalten. Und das Gesamtschulsystem war ein ganz neues System, das sich gegen die Traditionen des dreigliedrigen Systems und vielleicht auch gegen die Rolle der Kirche in den Schulen stellte.

Doch es gab und gibt ja immerhin die Friedensschule in Münster, die eine „Bischöfliche Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe<sup>19</sup>“ war und ist. Wir wissen also, dass es kirchlich oder christlich orientierte Gesamtschulen gab.

Als wir diese beiden Texte, also den Zeitungsartikel und den Buchauszug, gelesen haben, ergab sich folgende Frage: „Wie hätte die Bevölkerung wohl auf die Idee einer christlichen Gesamtschule reagiert?“ Wir wissen nicht, wie viele ausländische Bewohner es vor 40 Jahren in Fürstenau gab, die einen anderen als den christlichen Glauben pflegten. Aber wenn wir uns vorstellen würden, dass es welche gegeben hätte, wären diese sicherlich nicht begeistert gewesen.

Wie hätten sich diese Leute gefühlt? Wir glauben nicht, dass diese Menschen ein positives Gefühl gehabt hätten. Schließlich will doch jeder nach dem eigenen Glauben leben, ohne von anderen beeinflusst zu werden. Und auch die religiös nicht gebundenen Personen wollten sich sicherlich keinen Glauben von der Schule vorschreiben lassen. Für heute wissen wir allerdings sicher, dass auch Kinder mit einem anderen Glauben die IGS besuchen. Diese Schülerinnen und Schüler hätten sicherlich ein Problem damit, wenn in unseren Klassenräumen ein Kreuz hing. Vorausgesetzt natürlich, dass sie nach ihrem Glauben lebten.

Die Entscheidung für eine christliche Gesamtschule hätte vielleicht gewisse Erwartungen an die Schule geweckt. Die IGS müsste dem christlichen Gedankengut im Alltag in der Schule eine besondere Rolle einräumen. Eine Möglichkeit wäre, Kreuze in den Klassenräumen aufhängen zu lassen. Oder es müsste zu Unterrichtsbeginn und zum Beginn der Mahlzeiten in der Mensa gebetet werden. Auch würden die Gesamtschulschüler/innen zu besonderen christlichen Anlässen und Feiern während der eigentlichen Unterrichtszeit die Kirche besuchen oder Gottesdienste in der Schule halten.

---

<sup>18</sup> Gesprächspartnerin 1

<sup>19</sup> Gesprächspartnerin 15

Und wie sieht die Realität aus? Heute ist die IGS eine Schule ohne direkten Einfluss der Kirche. Bei der Einschulung eines neuen 5. Jahrgangs und zu den Entlassungsfeiern finden allerdings Gottesdienste statt, die von Schüler/innen intensiv mitgestaltet werden. Und in der Vorweihnachtszeit werden Adventsandachten angeboten.

Warum die Idee einer christlichen Gesamtschule nicht weiterverfolgt wurde, wissen wir leider nicht. Diese Idee hatte sicherlich ihr Pro und Contra. Wir glauben, dass zumindest die nicht-christlichen Schüler/innen, z.B. die Muslime, erfreut darüber sind, dass diese Idee nicht in die Tat umgesetzt wurde. So ist in Fürstenau eine Gesamtschule entstanden, die sich bis heute an keine Religion gebunden hat, aber religiösem Gedankengut natürlich offen steht.

#### 4. Warum sollte Fürstenau 1977 keine Oberstufe mehr erhalten?

##### 4.1 Die „offiziell“ genannten Gründe

###### 4.1.1 Die Schülerzahlen

„Bei dieser Schulkonzeption sei seinerzeit von weit höheren Schülerzahlen ausgegangen worden, als nunmehr die tatsächliche Entwicklung der Schülerzahlen aufweise ... bei dieser Betrachtungsweise sei festzustellen, dass die schwächsten Glieder – gemessen an der Schülerzahl – zum einen die IGS Fürstenau und zum anderen das Artland-Gymnasium darstellen.“<sup>20</sup>

So lautete ein wichtiger Beitrag des CDU-Abgeordneten Knemeyer in der Debatte des Kreistages am 17.01.1977. Wir möchten diese Aussage hier zunächst erläutern. Der Begriff „seinerzeit“ meint die Zeit, als die IGS in Fürstenau geplant wurde. Als man die Gründung dieser Schule, also der IGS Fürstenau, in Auge fasste, nahm man weit höhere Schülerzahlen an, als man sie 1977 antraf. Das Artland-Gymnasium und die IGS hatten zu der Zeit so niedrige Schülerzahlen, dass beide Oberstufen als gefährdet gelten mussten.

###### 4.1.2 Die Gefährdung anderer Gymnasien

„Richtig sei, dass die Auffassung vertreten werde, dass ein eigenständiger Sekundarbereich II aufgrund der Schülerzahlen nicht zu halten sei.“<sup>21</sup> Diese Aussage des CDU-Abgeordneten Lunte bezieht sich auf die IGS Fürstenau. Er sagte kurz und bündig, dass eine eigenständige Oberstufe an der IGS aufgrund der Schülerzahlen nicht möglich sei. Eine eigenständige Oberstufe in Fürstenau würde die Oberstufe des Artland-Gymnasiums gefährden, so dass Fürstenau keine bekommen konnte, da es für ihn klar war: Wenn sich die Alternative „Quakenbrück oder Fürstenau“ stellte, stimmte er eindeutig für Quakenbrück.

##### 4.2 Weitere Gründe

###### 4.2.1 Die IGS Fürstenau hat sich während der ersten Jahre selbst geschadet

###### 4.2.1.1 Erläuterung

Wir denken, wir sollten zunächst diese vielleicht überraschende Kapitelüberschrift erklären. Vor allem die jungen Lehrer und Lehrerinnen ließen kaum eine Gelegenheit aus, die Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen. Der Rückhalt in der Bevölkerung ging verloren und so gingen auch die Anmeldungen aus dem Bereich der Stadt Fürstenau und der näheren Umgebung zurück (siehe Kapitel 4.3). Die IGS-Gegner nutzten das Erscheinungsbild der IGS, um sie schlecht dastehen zu lassen sowie als Argument gegen die Schule und die Pläne für die Oberstufe.

###### 4.2.1.2 Umstrittenes Verhalten einzelner Lehrerinnen und Lehrer

„Mit dem Kreuz im Rücken unterrichte ich nicht!“ Diese Aussage eines Lehrers an der IGS Fürstenau, formuliert während des 1. Schulhalbjahres, haben wir erstens von einer Gesprächspartnerin gehört<sup>22</sup> und zweitens in einer Zeitschrift gelesen. Dort heißt es: „Mit dem Kreuz im Rücken kann ich nicht unterrichten.“<sup>23</sup> Gehen wir einmal davon aus, dass die Zeitschrift korrekt zitiert hat, können wir feststellen: Die Zeitzeugin erinnert sich offenbar sehr gut an diese Einzelheit.

---

<sup>20</sup> Protokoll der Kreistagssitzung vom 17.01.1977, Anhang 3, S. 1 f. [http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/kt\\_protokoll\\_770117.pdf](http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/kt_protokoll_770117.pdf)

<sup>21</sup> a.a.O., S. 6

<sup>22</sup> Gesprächspartnerin 3

<sup>23</sup> „Erziehung und Wissenschaft“ 4/1992

Was genau hat diese Lehrperson damit gesagt? Sie wollte nicht in einem Klassenraum unterrichten, in dem ein Kreuz hing. Dann teilte sie aber auch mit, dass sie keine religiöse Ausrichtung der Schule wünschte, wie sie unter Umständen mit dem Begriff „Christliche Gesamtschule“ verbunden war und wohl auch nicht zum Konzept einer Reformschule passte (vgl. Kapitel 3). Drittens teilte sie mit, dass sie wahrscheinlich nicht intensiv in religiösen Gedanken verwurzelt war. Oder wollte sie nur eine deutliche Trennung zwischen Staat und Kirche im schulischen Bereich? Sie wollte möglicherweise nicht, dass Kinder, die andersgläubig sind bzw. keiner Religion angehören, einem Nachteil unterliegen.

Wie wirkte Ende 1971/Anfang 1972 eine derartige Äußerung in Fürstenau mit seiner, wie in der Festschrift vom Jahre 1991 beschriebenen „bäuerlich-konservativen“ Bevölkerung?<sup>24</sup> Zunächst sollte man sagen, dass die konservative Bevölkerung meist sehr gläubig war. Auf diese Bürger wirkte eine derartige Aussage sicher sehr befremdlich. Denn wenn eine Lehrperson öffentlich verkündete, dass sie nicht in einer Schule arbeiten wollte, in der das Kreuz, also das zentrale Symbol des christlichen Glaubens, an den Wänden hing, müssten die Bürger dann nicht befürchten, dass ihr Kind dort „schlecht erzogen“ würde? Vielleicht haben die Eltern gedacht, dass die Schule den Kindern einen falschen Blickwinkel auf die Kirche und den Glauben geben könnte. Vielleicht dachten sie sogar, dass das Kind durch die Schule von der Kirche entfremdet würde und diesem Glauben im schlimmsten Fall nicht mehr angehören wollte. „Eine Schule ohne Gott? Eine Schule vielleicht sogar gegen Gott? – Nein, das ist nicht gut für sie oder ihn!“

Nach dieser Aussage gab es schon nach dem ersten Halbjahr die ersten Abmeldungen und die Neuanmeldungen aus dem engeren Einzugsbereich gingen stetig zurück. Dazu später mehr (Kapitel 4.3). Wie hätte sich dieser Lehrer anders verhalten können? Zunächst ergäbe sich die Möglichkeit, ein Gespräch im Kollegium zu führen. Vielleicht hätte er bemerkt, dass auch andere Personen seiner Meinung waren, aber ein behutsameres Vorgehen vorgeschlagen hätten. Wenn er sich nicht hätte durchsetzen können, hätte sich die Frage gestellt, ob es besser gewesen wäre, zu schweigen anstatt seine Meinung lautstark zu verkünden und damit die Bürger vor den Kopf zu stoßen. Oder wollte er provozieren?

Die letztmögliche Entscheidung wäre gewesen, sich eine andere Reformschule zu suchen, was in unserem Kreis damals nicht so leicht gewesen wäre.

Fragen wir hier vorläufig: „Unter dem Kreuz unterrichte ich nicht“ – Ist diese Äußerung eventuell ein Skandal? Wir glauben, es war besonders zur damaligen Zeit für einen Teil der Bevölkerung ein Skandal.

Kommen wir zu einem weiteren Beispiel für sehr problematisches Lehrerverhalten. „Im Laufe seiner weiteren Ausführungen geht Kreistagsabgeordneter von Schorlemer auf die in jüngster Vergangenheit liegenden Vorgänge an der IGS ein, wonach ein Mitglied des Lehrerkollegiums Propagandamaterial für den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) an der IGS verteilt habe. Er (Ka. von Schorlemer) bedauere es, dass in dieser Angelegenheit kein Protest von Seiten des Lehrerkollegiums, des Elternrates und des Förderkreises gekommen sei. Für das Image der IGS wäre es vorteilhaft gewesen, wenn zu diesem Vorfall ebenfalls Protestresolutionen erfolgt wären.“<sup>25</sup>

Schauen wir uns diesen Auszug aus der Rede des CDU-Abgeordneten von Schorlemer einmal genauer an. KBW ist die Abkürzung für „Kommunistischer Bund Westdeutschlands“ und diese Partei galt damals als „linksradikal“. Sie stand außerhalb der Verfassung Deutschlands und wollte diese grundlegend verändern.

---

<sup>24</sup> <http://www.igs-fuerstenau.de/unsere-schule/geschichte-der-igs>

<sup>25</sup> Kreistagsprotokoll, Anlage 3, S. 14

Wie konnte ein KBW-Mitglied überhaupt Lehrer werden? Dies war sicher eine Frage, die Herrn von Schorlemer in den Sinn gekommen war. Er hätte zumindest in seinen Augen wahrscheinlich nicht als Lehrer eingestellt werden dürfen, denn seit dem 28. Januar 1972 galt die folgende Bestimmung: Wer einer verfassungsfeindlichen Partei angehörte, begründete damit Zweifel an seiner Eignung für den öffentlichen Dienst<sup>26</sup>. Eine Ablehnung der Einstellung in den öffentlichen Dienst war nach diesem Erlass gerechtfertigt. Deshalb hätte dieser Lehrer nicht eingestellt werden dürfen. Hatte er vielleicht – so hätte ein Abgeordneter denken können – einen „linken“ Verwaltungsbeamten als Freund?

Dieser Lehrer hatte in der Schule (Oder war es vor der Schule? Wir konnten das nicht herausfinden, glauben aber eher, dass es vor der Schule, aber auf dem Schulgelände passiert ist. Eine andere Information dazu beschreiben wir am Ende dieses Abschnittes.) KBW-Flugblätter verteilt und somit versucht, die Schüler zu beeinflussen. Laut Protokoll bedauert Herr von Schorlemer es, dass es nicht von Seiten des Kollegiums, des Elternrates und des Förderkreises zu Protesten gekommen war. Er hatte natürlich von den Protesten der Lehrer gegen die Pläne, die Oberstufe an das Artland-Gymnasium anzubinden, erfahren und hätte eben auch Proteste gegen die Aktivitäten des „KBW-Lehrers“ für wünschenswert gehalten. Die aber blieben aus. Wir können uns durchaus vorstellen, dass er über das Verhalten der Schulöffentlichkeit empört war.

Da er sich deutlich gegen die eigenständige Oberstufe der IGS aussprechen wollte, nahm Kreistagsabgeordneter von Schorlemer diesen Vorfall als weiteren willkommenen Anlass, gegen die IGS zu argumentieren. Er konnte auch ziemlich sicher sein, damit in der Öffentlichkeit anzukommen und die Bürger auf seine Seite zu ziehen, denn zu einer Schule, in der die Kinder zu linksradikalen Gedanken angeregt würden, würde kaum einer mehr seine Kinder schicken.

Was müssen sich wohl die Anhänger der IGS während der Kreistagssitzung gedacht haben, als dieser Punkt vorgetragen wurde? „Müssen die IGS-Lehrer eigentlich jeden Fehler machen, der irgendwie möglich ist?“. Zumindest teilte uns Herrn Bresser mit, dass er in dieser Hinsicht einige Male so gestöhnt habe und das nicht nur während der Kreistagsdebatte. Ohnehin hatte man manchmal das Gefühl, dass es einigen IGS Lehrern auf eine positive Außenwirkung ihres Verhaltens nicht ankam.<sup>27</sup>

Eine andere Stimme zu diesem Vorfall: „Der Vorsitzende des Förderkreises der Schule, Hans-Peter Treichel, berichtete über die getroffenen Maßnahmen in den Elternreihen und tadelte den Landkreisabgeordneten und das Kreistagsmitglied von Schorlemer, da er durch die Nennung des Lehrers, der Flugblätter verteilt hatte, die Schule in die Nähe kommunistischer Beziehungen gebracht habe. Der Einzelfall sei zwar sehr bedauerlich und die Elternschaft habe sich von dem Vertrauensmissbrauch scharf distanziert, aber die Schule habe keine Möglichkeiten gehabt, etwas gegen die Anstellung des Lehrers zu unternehmen.“

---

<sup>26</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Radikalenerlass>, 15.02.11

<sup>27</sup> Gesprächspartnerin 14

Dieses Zitat aus dem Bersenbrücker Kreisblatt wollen wir einmal aufgreifen. Herr Treichel sagt damit aus, dass der Förderverein und sicherlich auch andere, gerne etwas gegen den Lehrer unternommen hätten, dies jedoch nicht möglich gewesen sei. Herr von Schorlemer hatte kritisiert, dass kein Gremium der Schule sich gegen den „KBW-Lehrer“ eingesetzt hatte. Der Elternrat hat sich laut diesem Zeitungsbericht um das Problem gekümmert. Insofern irrte der Abgeordnete sich. Andererseits erschien der Artikel am 21.01.1977, also erst zwei Tage nach der Debatte. Hat der Elternrat also erst reagiert, nachdem die Kritik öffentlich geäußert wurde? Und dann sollte schon zwei Tage später ein Bericht über diese Aktivität in der Zeitung erscheinen? Haben die Eltern eventuell doch schon gehandelt, bevor der Abgeordnete die Angelegenheit in die Öffentlichkeit trug? Wir können auch diese Frage nicht beantworten.

Wir bleiben noch ein wenig bei diesem Thema. Hier ein Auszug aus einem Leserbrief, der am 24.01.1977 in der Neuen Osnabrücker Zeitung veröffentlicht wurde:

„Das Gift, das Herr von Schorlemer in seiner polemischen Rede verspritzte, beginnt bereits in der Berichterstattung Ihrer Zeitung zu wirken: Gleich zweimal wird der kommunistische Lehrer angeführt, der ‚an der IGS ... Flugblätter für die kommunistische Partei verteilt ...‘. Dass es sich in Wirklichkeit um ganze zehn auf dem Marktplatz verkaufte Exemplare einer Zeitung handelte, ist die eine Sache. ... Hauptsache, die Vorurteile gegen die Gesamtschule werden zementiert!“

Diese Aussage würden wir gerne aufgreifen. Was besagt dieser Leserbrief? Wir erfahren erstens, dass die Materialien nicht in der Schule und zweitens auch nicht vor der Schule sondern auf dem Marktplatz verteilt wurden. Und außerdem teilt der Briefschreiber mit, dass es sich nur um eine geringe Anzahl von Schriftstücken handelte. Das ist ein deutlicher Widerspruch zu den Aussagen des CDU-Abgeordneten von Schorlemer. Nun stellt sich natürlich die Frage, wer von den beiden glaubwürdiger ist. Wir haben den Leserbrief in einer Sammlung von Zeitungsartikeln gefunden, die uns von der Samtgemeindeverwaltung dankenswerterweise zur Verfügung gestellt wurde. Wir dürfen davon ausgehen, dass diese Materialien vollständig sind. Wenn der Leserbrief eine falsche Information enthalten hätte, wäre am nächsten oder übernächsten Tag eine Gegendarstellung erschienen. Eine solche lag nicht vor. Daher gehen wir davon aus, dass Herr Schäfer diesen Sachverhalt korrekt dargestellt hat. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass er SPD-Mitglied und seine Ehefrau Lehrerin an der IGS war.<sup>28</sup> Der CDU-Abgeordnete hat also nach unserer Einschätzung in der Debatte zwar auf einen wichtigen Sachverhalt hingewiesen, nämlich, dass ein IGS-Lehrer kommunistisches Material verteilte. Das Verwerfliche dieser Tatsache haben wir oben schon beschrieben. Die Umstände dieses Vorfalls werden jedoch von diesem Politiker in einer unverantwortbaren Weise verzerrt. Ist es darüber hinaus verständlich, dass er den Stellenwert erheblich überhöht hat, wie es der Leserbriefschreiber meint? Im Sinne einer politischen Debatte vielleicht, aber geht es nicht auch um Ehrlichkeit? Es gibt noch einen weiteren Beleg dafür, dass die Flugblätter nicht in der Schule verteilt wurden: Uns lag die Kopie einer Anzeige vor, in der der Lehrer beschuldigt wird, die Flugblätter auf dem Marktplatz verteilt zu haben.<sup>29</sup>

---

<sup>28</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>29</sup> Materialien Herrn Neumanns

#### 4.2.1.3 Junge Lehrer und ihre Berufsphilosophie

Zuerst wollen wir das Wort Berufsphilosophie erläutern. Damit ist hier wohl gemeint, dass jeder eine eigene Idealvorstellung von seinem Beruf hat. „Sehr bald allerdings hatte ‚es zwischen verschiedenen Gruppen in der Stadt und im Umland regelrechte Glaubenskriege (gegeben) um das eigentlich doch gewollte Kind. Man hatte es aber wohl doch nicht so gewollt, wie es dann war.‘ Viele Lehrkräfte, frisch von der Hochschule gekommen, waren der Überzeugung, die – in manchen Bereichen reformwürdige – Gesellschaft ließe sich vor allem über die Schule verändern. Diese Berufsphilosophie hatte in ihrer pädagogischen Umsetzung vor Ort den Grundsatz nicht beherzigt, dass Schulen nicht ‚gegen Eltern durchgesetzt, sondern nur mit ihnen entwickelt werden können.‘“

Dies ist ein Zitat aus der Festschrift „Über drei Jahrzehnte Integrierte Gesamtschule Fürstenaue“, die wir sehr interessant fanden. Überlegen wir zunächst, wie es um die Glaubwürdigkeit eines derartigen Textes geht. Wir empfinden diese Quelle als sehr glaubwürdig, da derartige Festschriften immer von mindestens einem/r Lehrer/in geschrieben werden. Eine an der IGS tätige Person finden wir glaubwürdig, da diese eigentlich mitten im Geschehen stand. Natürlich haben auch die persönlichen Ansichten bei der einen oder anderen Formulierung ihren Einfluss gehabt. Aber keine Festschrift entsteht ohne Zustimmung der Schulleitung. Außerdem wird festzustellen sein, dass wichtige Abschnitte dieses Papiers einen eher kritischen Blick auf die Geschichte der Schule werfen. Das erhöht seine Glaubwürdigkeit.

Was besagt nun diese Festschrift? Nicht lange nach dem Start der IGS Fürstenaue waren sich einige Gruppierungen Fürstenaus demnach nicht mehr sicher, ob dies die richtige Entscheidung war. Es gab regelrechte Glaubenskriege zwischen den „Parteien“. Hatte man die Schule doch nicht so gewollt? Manche Erzählungen und Beobachtungen hinterließen den Eindruck, dass an dieser Schule doch einiges anders lief, als man es sich vorgestellt hatte.

Junge Lehrer, die gerade mit der Ausbildung fertig waren, meinten, sie müssten einige gesellschaftliche Bereiche verändern und dies ließe sich sehr gut über die Schule erreichen. Zwar wird nicht erwähnt, welche gesellschaftlichen Bereiche sie gemeint haben, jedoch könnten wir uns vorstellen, dass damit unter anderem die „Leistungsgesellschaft“ gemeint war. Wir nehmen das einmal an und gehen ein wenig darauf ein.

„Wir leben in einer Leistungsgesellschaft“, sicherlich hat jeder diesen Satz schon mal gehört. Doch was steckt hinter dem Begriff „Leistungsgesellschaft“? In einer Leistungsgesellschaft wird jede Person nach ihren Leistungen bewertet. In einer solchen Gesellschaft würde nicht auf die inneren Werte geachtet, sondern nur auf die Leistung, die erbracht wird. Doch was passiert mit den anderen Personen in dieser Gesellschaft? Was passiert mit den schwächeren Personen? Wir denken, dass diese Personen in einer solchen Gesellschaft langsam untergehen, wenn keiner sich mehr für sie einsetzte. Und was passiert mit denjenigen Personen, die sich für Schwächere einsetzten? Auch diese würden, so denken wir nach einer gewissen Zeit vielleicht nicht mehr beachtet werden und in der Gesellschaft immer tiefer sinken. Dies ist leider ein Kreislauf, der nie enden wird, wenn unsere Gesellschaft nicht aufhört nach Ruhm und Reichtum zu streben.

Damit das nicht passiert, müssen auch diejenigen, die in dieser Gesellschaft angesehen sind, sich dafür einsetzen, dass die schwächeren Kinder gefördert und trotzdem die stärkeren weitergebildet werden, z.B. indem die Stärkeren den Schwächeren den Unterrichtsstoff nochmals erklären. Dieses könnte ein wichtiges Prinzip der IGS-Lehrer gewesen sein.

Ist das denn ein Fehler? Wohl eher nicht. Aber: Haben sie nicht vielleicht mit der Kritik an der Leistungsgesellschaft auch die Leistungsanforderungen an die Schülerinnen verringert?

Zu diesem Thema befragten wir auch eine unserer Gesprächspartnerinnen. Dieses Gespräch führten wir erst recht spät und konnten daher unseren Fragenkatalog schon vorab erweitern. Lassen wir sie einmal ausführlich zu Wort kommen.

„Wollten Sie auch die Gesellschaft durch die Schule verändern?“ – „Ein wenig schon. Einige Veränderungen der ‚kapitalistischen Gesellschaft‘, wie wir ohne zu zögern sagten, hatten wir schon vor Augen. Aber anzunehmen, dass das über die Schule zu machen sei, war sehr naiv. Und dann waren für mich auch die Fürstenauer Geschäftsleute ‚die Kapitalisten‘, obwohl diese im tatsächlichen Kapitalismus wohl nur eine geringe Rolle spielten. Ich ging soweit, dass ich mein erstes Fahrrad vor Ort nicht beim größten Händler, sondern, weil ich diesen ‚Kapitalisten‘ nicht unterstützen wollte, in einem Kaufhaus am Stadtrand gekauft habe. Seit mindestens 30 Jahren allerdings sind dieser Zweiradmechaniker und sein Sohn meine Vertrauenspersonen in Sachen Fahrrad.“

Man sollte also auch bedenken, wie man an dieser Person sieht, dass sich Menschen sich im Laufe ihres Lebens verändern.

„Einmal haben einige Lehrerinnen und Lehrer bei einem Quakenbrücker Weinhändler eine Weinprobe gemacht. Wir haben jedoch nicht nur probiert, sondern auch getrunken. Als wir kurz vor Mitternacht zurückkehrten, sind wir über die Große Straße, Fürstenaus Hauptgeschäftsstraße, gezogen und haben ‚We shall overcome‘ gegrölt. Wir meinten wohl die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, auch in Fürstenau. Ich frage mich heute, warum eigentlich ein Fürstenauer Geschäftsmann, dessen Nachtruhe wir mit diesem Lied gestört hatten, noch Vertrauen zu uns haben sollte?“

Um dieser Frage einmal nachzugehen, unterbrechen wir dieses Zitat kurz und lassen es auf uns wirken. Ergebnis: Dies Verhalten empfinden wir nach einigem Nachdenken als unverschämt. Doch lassen wir sie mal weiterreden.

„Oder nahmen wir an, dass niemand von ‚denen da oben‘ Englisch verstand? Das müsste man auch noch erwähnen: Wir hielten die Fürstenauer Gesellschaft für rückständig und glaubten, wie bei falsch verstandener Entwicklungshilfe, ihnen auf die Sprünge helfen zu müssen. Wer weiß, wie ich sie habe spüren lassen, dass ich sie eigentlich ablehnte.“

Auch hier unterbrechen wir einmal. Als wir das hörten, fragten wir uns: Ist dies arrogant? Zuerst überlegten wir uns, was arrogant sein eigentlich bedeutet. Nach unserer Meinung ist derjenige arrogant, der ein so großes Selbstbewusstsein zeigt, dass daraus schon eine negative Einstellung gegenüber den Mitmenschen wird. Er/Sie glaubt, er/sie könne alles, stehe höher als die anderen und keiner sei besser als er/sie selbst. Wir empfinden das beschriebene Verhalten der Lehrerinnen und Lehrer als ziemlich arrogant.

„Es gab damals ein Gremium aus Vertretern der Lehrerschaft, der Eltern und des Schulträgers, die ‚Gemeinsame Vertretung‘, in dem alle wichtige Entscheidungen diskutiert wurden. Da habe ich manchen scharfen Debattenbeitrag von mir gegeben. Zum Beispiel fragte dort ein Fürstenauer Geschäftsmann einmal, ob es nicht problematisch sei, wenn so viele junge Lehrer an der Schule beschäftigt seien. Denen fehlten doch Erfahrungen. Daraufhin habe ich argumentiert, es sei gut, wenn diese jungen Leute das aktuelle ‚soziologische‘ Wissen in die Schule einbrächten. Das kann für den Fürstenauer Geschäftsmann doch nur der ‚linke und gefährliche Kram‘ gewesen sein.“

Wenn es für die Fürstenauer nur ‚linker und gefährlicher Kram‘ war, war es klar, dass sie ihre Kinder nicht zu dieser Fürstenauer Schule schickten.

„Noch einmal: Warum sollten diese Leute ihre Kinder zu uns schicken? Der genannte Geschäftsmann hat seinen Sohn nach dem 5. Schuljahr von uns abgemeldet und nach Handrup wechseln lassen. Dort sei er in Mathematik gut mitgekommen, habe aber in Englisch erhebliche Lücken gezeigt, berichtete er öffentlich.“

Auch hier fügen wir eine kurze Unterbrechung ein. Wenn es klar war, dass die Kinder an der IGS mindestens in einigen wichtigen Fächern nicht vernünftig lernten und dort Bildungslücken hatten, ist es verständlich, dass sie ihre Kinder nicht zur IGS geschickt haben.

„Ach ja, ihr hattet nach gesellschaftlichen Veränderungen gefragt. Tatsächlich gab es eine Zeit lang einige Scheidungen unter den Lehrerinnen und Lehrer an der IGS. Natürlich gab es auch unter den ‚gestandenen Bürgern‘ manchmal Eheprobleme. Aber Lehrer? Und in dieser Häufigkeit? Natürlich wurde darüber sehr kritisch geredet. – Später kam es dann auch in einigen hoch angesehenen Fürstenaauer Bürgerfamilien zu Ehescheidungen. (Schmunzelnd) Waren die Lehrerinnen und Lehrer vielleicht doch ein wenig als Reformertätig? Als Türöffner?<sup>30</sup>“

#### 4.2.1.4 „Weg vom Alten“

„Alles Traditionelle galt zunächst als nicht passend<sup>31</sup>“, noch heute kann man einige Spuren dieses Satzes erkennen.

Viele Bezeichnungen verändern sich, wenn man als neue/r Schüler/in an die IGS kommt. So werden die Klassen nicht mit a, b, c bezeichnet sondern mit Zahlen. Die Klassen heißen also 5/3 anstatt 5 c. Und auch die Klassenlehrer haben an der IGS, bis heute noch den speziellen Namen „Tutor“. Wenn man an der IGS eine Klassenarbeit schreibt, wird sie LZK (Lernzielkontrolle) oder Test genannt. Allerdings ist nach unseren Kenntnissen der Begriff Test inzwischen auch an anderen Schulen verbreitet.

Dies sind Veränderungen, wie man sie von damals behalten hat. Doch es gibt auch andere Dinge, die anfangs verändert wurden, bei denen man aber inzwischen wieder das alte Verfahren anwendet. Wir denken an die Tatsache, dass es damals an der IGS Zeugnisse ohne Noten gab. Statt der Noten hat jede/r Lehrer/in eine ausführliche Bewertung über jede/n seiner Schüler/innen geschrieben<sup>32</sup>. Diese Einzelurteile wurden dann für jedes Fach mit den Aussagen „Lernziele erreicht“, „Lernziele zum Teil erreicht“, „Lernziele nicht erreicht“ zusammengefasst. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass Zensurenvergabe ungenau ist, aber wir glauben, dass dieses System noch ungenauer war. Manchmal hatte man den Eindruck, dass jede Lehrperson ein wenig ihr eigenes System hatte.<sup>33</sup> Und dann stellt sich die Frage, wie denn Leser/innen mit dieser Beurteilungsform zu Recht kamen. Wie war es zum Beispiel, wenn Stella mit ihrem Zeugnis zur Patentante kam und das gewohnte „Zeugnissgeld“ als Belohnung erwartete? „Was heißt denn das nun? ‚Lernziele erreicht‘? Damit kann ich nichts anfangen. Welche Note ist denn das? So kann ich dir keine Belohnung geben.“ Und wie war das bei einem Schulwechsel? Dann mussten die IGS-Lehrer/innen ihre Prädikate wieder in Noten umrechnen. So war es auch in den Abschlusszeugnissen. So ganz überzeugend scheint dieses System nicht gewesen zu sein. Inzwischen wurde es abgeschafft und wir erhalten Notenzeugnisse. Es könnte durchaus sein, dass für den Teil der Bevölkerung, der der IGS skeptisch gegenüberstand, diese Eigenart der neuen Schule auch zu deren negativen Bewertung beigetragen hat.

---

<sup>30</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>31</sup> Dirkmann: Strukturelle Entwicklung ...

<sup>32</sup> Gesprächspartnerin 6

<sup>33</sup> Gesprächspartnerin 14

Kommen wir nun zu der Frage, warum die IGS andere Bezeichnung z.B. für Klassenlehrer als das Gymnasium oder die Realschulen hat? Was wollte die IGS mit diesen neuen Bezeichnungen bezwecken? Um dieses zu ergründen wollen wir Ihnen ein Beispiel erläutern. Wir denken, jeder kennt Menschen mit einem Doppel-Nachnamen. Warum wollen manche Frauen bzw. Männer den Namen des Partners nicht ganz annehmen? Vielleicht wollen sie ihren Namen behalten und vielleicht wollen sie damit auch sagen, ich bin immer noch ich. Ich habe meine Persönlichkeit behalten, auch wenn ich eine Ehe eingegangen bin. Wir denken, dass die Menschen mit Doppel-Nachnamen ein symbolischen Impuls setzten wollen. Die veränderte Bezeichnung soll ein Zeichen für den veränderten Inhalt sein.

Wir denken, dass auch die Lehrer/innen der IGS dasselbe bezwecken wollten. Sie wollten auf den Unterschied zwischen ihrer neuen Schule und den Schulen des dreigliedrigen Schulsystems hinweisen und haben deshalb auch die Begrifflichkeit vielfach verändert.

Das Wichtige ist, dass man nun für beide Seiten Verständnis zeigen sollte. Einmal sollte man Verständnis für das Bedürfnis zeigen, durch veränderte Bezeichnungen auf den veränderten Inhalt zu weisen. Auf der anderen Seite sollte man gleichzeitig Verständnis dafür zeigen, dass dies als Abschreckung für manche Personen wirken könnte.

Abschreckung? Kommen wir kurz zum modernen Stichwort „Outfit“. Die Lehrer der IGS nahmen es mit der Kleiderordnung nicht so streng wie die auf anderen Schulen. Hier trug kaum jemand eine Krawatte oder kam in Anzug. Sie trugen Alltagskleidung, die zur damaligen Zeit sehr locker gewählt wurde. Kam jemand in Anzug und Krawatte, wie es auf anderen Schulen üblich war, bekam er das sofort zu spüren. Auch die Frisuren waren damals auf der IGS anders. „Lange und ungepflegte Haare“, haben wohl einige Bürger gedacht und vielleicht auch gesagt. Dies war sicherlich ein weiterer Grund, weswegen Eltern ihre Kinder nicht auf diese Schule schickten.<sup>34</sup>

#### 4.2.1.5 „Zu schnell zu viel“

Für dieses Teilkapitel lohnt es sich noch einmal einen kurzen Blick auf die genauen Daten der Bildungsreform und der Entstehung von Gesamtschulen zu werfen. Die Bildungsreform setzte etwa 1968 ein. Die IGS Fürstenau entstand nur drei Jahre später, 1971.

1970-1974 war Peter von Oertzen Kultusminister in Niedersachsen und auch hier in Niedersachsen war schon von Gesamtschulen die Rede. Doch er veränderte nicht alles sofort. Er plante Schulversuche in Niedersachsen mit Gesamtschulen, um Gegner von dieser Idee behutsam zu überzeugen.

Er sagte einmal: „... läuft nicht zehn Schritte vor dem Bewusstsein der Bevölkerung sondern nur einen.“<sup>35</sup>

Damit wolle er sagen, dass er, wie in der Überschrift schon geschrieben, nicht zu schnell zu viel wollte, sondern den Bürgern nur einen kleinen Schritt voraus sein wolle, um diese nicht zu verärgern.

Jedoch waren einige an der IGS mit der veränderten „Berufsphilosophie“ einer anderen Meinung. Sie wollten zu schnell zu viel. Dies traf vor allem auf junge Lehrer zu. Sie wollten in kürzester Zeit sehr viel verändern, wie im Schriftstück von Herrn Dirkmann zu lesen ist. Sie hätten die Bürger lieber mitnehmen und sie an den Entscheidungen teilhaben lassen sollen, denn schließlich „gehört“ die Schule ja auch ihnen.

---

<sup>34</sup> Gesprächspartnerin 6

<sup>35</sup> Information Herrn Bressers

#### 4.2.1.6 Das äußere Erscheinungsbild der Schule – leicht chaotisch?

Als die IGS im Jahre 1971 eröffnet wurde, war zunächst nur der erste Bauabschnitt vollendet worden. Die Erweiterungen erfolgten schrittweise, natürlich auch während der Ferien, aber häufig auch parallel zum Unterricht. Manchmal war das eine große Unruhequelle. Von einer ehemaligen Lehrerin, die zur damaligen Zeit unter anderem als Sportlehrerin an der IGS tätig war, haben wir erfahren, dass sie damals auf den Fluren Sport unterrichtet. Denn es gab noch keine Sporthalle. Wenn die Schüler den Fußball an die niedrige Decke schossen, rieselte Staub und Schmutz von ihr herunter.<sup>36</sup> Diese Form des Sportunterrichts war sicherlich sowohl eine Lärm- als auch eine Schmutzquelle, der schnellstmöglich ein Ende gesetzt werden musste. Dies war jedoch nicht so leicht, da zu dieser Zeit zunächst kein Geld für eine Sporthalle vorhanden war.

Hierzu eine aktuelle Erfahrung: In der Zeit zwischen den Sommer- und Herbstferien des letzten Jahres, also 2010 wurde der Verwaltungstrakt unsere Schule erneuert. Unsere Klasse lag nahe der Baustelle, so bekamen wir im Unterricht viel Lärm mit. Doch auch Klassen, die weiter entfernt waren, fühlten sich durch die hohe Lautstärke belästigt. Oft wanderten wir in leere Klassenräume, damit wir dem starken Lärm entkommen konnten. An manchen Tagen war der Lärmpegel so hoch, dass man kaum sein eigenes Wort verstanden hat. Wir können uns nun auch vorstellen, wie groß die Belästigung zur damaligen Zeit gewesen ist. Allerdings war es bei uns nur ein kleiner Zeitrahmen. Die Schüler/innen, die die IGS in den Anfängen der Schule besuchten, mussten den Lärm jedoch eine deutlich längere Zeit ertragen.

Welche Folgen hatte diese hohe Lärmbelastung auf die Schüler/innen, Lehrer, Hausmeister und Verwaltungsangestellten? Oft haben wir uns während der Baumaßnahmen über Kopf- und Ohrenschmerzen beklagt. Wir könnten uns vorstellen, dass viele damalige Schüler/innen sich über diese selben Schmerzen beklagt haben wie wir.

Was passiert mit Schüler/innen, Lehrer/innen und anderen Mitarbeitern, wenn sie einem ständig hohen Lärmpegel ausgesetzt sind und sie sich dabei konzentrieren müssen, wie z.B. bei einer Klassenarbeit? Konnten sich wirklich alle Schüler/innen bei wichtigen Aufgaben konzentrieren? Wir würden sagen: Nein. Sicherlich muss das nicht immer der Fall sein, aber es ist definitiv schwerer sich bei Lärm zu konzentrieren, als wenn man sich in einem leisen Raum befindet. Außerdem waren die anwesenden Personen in der Schule dem Lärm fast den ganzen Tag ausgesetzt. Schließlich war die IGS schon immer eine Ganztagschule.

Weitere Folgen könnten sein, dass Lehrer, Schüler/innen und Mitarbeiter mit der Zeit gereizter waren. Schließlich ist es z.B. für die Lehrer schwieriger zu unterrichten, wenn die Schüler/innen sie nicht verstehen. Dies können wir aus eigener Erfahrung bestätigen.

„Ich möchte nicht mehr in die Schule gehen, wegen des Lärms ...“. An diese Aussage ihres Sohnes, der ein ehemaliger Schüler der IGS ist, kann Frau Klausning sich noch genau erinnern. Ein Problem der Anfangszeit, das wir heute gut verstehen können.

Wie wir schon erwähnt haben, rieselte der Schmutz manchmal von der Decke. Doch nicht nur durch die Bauarbeiten und das Schießen der Bälle an die Decke wurde viel Schmutz und Dreck erzeugt, sondern auch durch tatsächliches Fehlverhalten der Schüler/innen.

Von Frau Klausning, die damals Leiterin der Reinigungskräfte war, wurde uns erzählt, dass die Klassenräume sowie andere für Schüler/innen zugängliche Räume, z.B. der Freizeitraum oder die Toiletten alles andere als ordnungsgemäß verlassen wurden.

---

<sup>36</sup> Gesprächspartnerin 4

„Die Mädchentoiletten sahen schlimmer aus als die Toiletten der Jungen“, berichtete sie. Warum wurden diese Räume so unordentlich hinterlassen? Und warum hat sich niemand wirklich dafür eingesetzt, dass die Toiletten in der Schulzeit sauber blieben? Bei öffentlichen Veranstaltungen im Forum dienten einige der von den Schüler/innen genutzten Toiletten eben dieser Öffentlichkeit. Selbst wenn die Reinigungskräfte sie in mühevoller und manchmal unangenehmer Arbeit gesäubert hatten – der schlechte Eindruck blieb.

Doch nicht nur die Reinigungskräfte der IGS hatten viel Arbeit, auch die Hausmeister waren intensiv und manchmal kaum erträglich belastet<sup>37</sup>. Denn oft wurden Einrichtungsgegenstände der Schule wie z.B. Steckdosen von Schüler/innen beschädigt. Auch hier stellt sich uns die Frage, warum das in diesem Ausmaß geschah?

Leider können wir auch hier nicht genau sagen, warum die damaligen Schüler/innen die Räume unordentlich hinterließen und Schuleigentum beschädigt haben. Waren sie aggressiv oder geschahen diese Dinge aus Langeweile während der Pausen? Wir könnten uns aber denken, dass Langeweile ein vorstellbarer Grund dafür wäre, dass dies geschehen ist und vielleicht immer noch geschehen wird. Als die Hausmeister jedoch mit den Lehrerinnen und Lehrern sprachen, wurde es langsam besser<sup>38</sup>. Das klingt so, als sei es heute einigermaßen in Ordnung. So ganz können wir das allerdings nicht bestätigen. Die Mädchentoiletten befinden sich nach unserem Empfinden noch immer häufig in grauenvollem Zustand.

Zurück zu damals: Einige Vorwürfe lauteten z.B., dass die Schüler/innen unter Billigung der Lehrer schulische Einrichtungsgegenstände beschädigten. Die Eltern beschwerten sich auch darüber, dass die Kinder in der Schule anscheinend ziemlich viel tobten, so dass sie sich zu Hause nicht mehr beruhigen konnten. Ein weiterer Vorwurf war, dass die Schüler/innen während der Arbeitsgemeinschaften nur „gammelten“, während die Lehrer nur dabei zusähen. Auch das äußere Bild würde verschandelt, durch eine Ansammlungen von Kisten und sinnlos zusammengenagelten Brettern (genannt: Klein-Moskau), sagten die Eltern<sup>39</sup>.

In dem Zeitungsartikel „Machen die Kinder nur ‚dummes Zeug‘?“ von Weihnachten 1971 bezieht eine Zeitzugin, die damals Lehrerin an der IGS war, Stellung zu den Vorwürfen der Elternschaft. Sie erklärt, dass Kinder anders denken als Erwachsene und den Kindern viel an der Mitgestaltung der Schule lag und liegt. Die Eltern bedachten nach ihrer Ansicht nicht, dass die angeschafften Materialien jeden Tag von vielen hundert Kindern benutzt würden und auch mal etwas kaputt gehen könne. Diesen und auch weitere Vorwürfe erklärte und widerlegte sie ohne ichbezogen (im Sinne der Schule) zu wirken. Der Artikel wirkt auf uns nicht so, als wolle sie sämtliche Schuld von sich weisen.

Die nächste „Kleinigkeit“ erfuhren wir wiederum von unserer Gesprächspartnerin 14. „In meiner damaligen Klasse aus dem ersten Jahrgang kam der Vorschlag, eine der Wände mit einem Bild Che Guevaras zu gestalten.“ Kurzer Einschub unsererseits: Che Guevara (1928-1967) war ein südamerikanischer Revolutionär und seit den 60er Jahren eine Symbolfigur der Linken.<sup>40</sup> „Wir, mein Kollege und ich<sup>41</sup>, hatten dagegen keine Einwände. Und so entstand in den nächsten Tagen, mit Hilfe eines Projektors, ein großes Gemälde dieser bekannten Person und füllte fast eine Wand des Klassenraums, der direkt an der Stadtseite lag. Da es ab und zu auch mal vorkam, dass das Licht nach der Schule bis zum nächsten Morgen brannte, sah man dieses Bild bis in die Stadt.“

---

<sup>37</sup> Frau Klausing

<sup>38</sup> Frau Klausing

<sup>39</sup> Bersenbrücker Kreisblatt, Weihnachten 1971

<sup>40</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Che\\_Guevara](http://de.wikipedia.org/wiki/Che_Guevara), 06.02.11

<sup>41</sup> Hinweis: An der IGS Fürstenuau hatten und haben die meisten Klassen zwei „Tutor/innen“.

Unser Kommentar: Was mag sich die „bäuerlich-konservative“ Bevölkerung des hiesigen Raumes, um noch einmal aus der Festschrift zu zitieren, beim Anblick dieses Kunstwerkes gedacht haben?

#### 4.2.1.7 Methodische Mängel

##### 4.2.1.7.1 Keine Hausaufgaben – gleiche Bedingungen für alle?

Eine Gesprächspartnerin erzählte uns, dass es in ihrer Schulzeit kaum Hausaufgaben gegeben habe. Zum Hintergrund weisen wir darauf hin, dass sie zum ersten Jahrgang der IGS gehörte<sup>42</sup>.

Die Fragen, die wir uns jetzt gestellt haben sind folgende: Warum gibt es denn überhaupt Hausaufgaben? Und warum hat sich die IGS zunächst gegen Hausaufgaben entschieden?

Nach längerem Nachdenken glauben wir, dass es Hausaufgaben deshalb gibt, damit die Schüler/innen sich nach der Schule den durchgenommenen Stoff noch einmal verinnerlichen und ihn dadurch besser abspeichern. Doch wenn dies wirklich so wäre, dass die Schüler/innen dadurch gefördert werden sollen, warum hat sich die IGS dann gegen Hausaufgaben gestellt?

Von einer weiteren Gesprächspartnerin haben wir erfahren, dass ein wichtiger Grund darin lag, dass die Lehrer gleiche Bedingungen unter allen Schüler/innen schaffen wollten. Allerdings haben diejenigen Schüler/innen, die ihre Hausaufgaben im Beisein ihrer Eltern machen, einen Vorteil denjenigen gegenüber, die auf sich allein gestellt sind<sup>43</sup>.

##### 4.2.1.7.2 Weniger Wiederholungen

Auch haben wir gehört, dass früher weniger Wiederholungen der einzelnen Themen stattfanden. Denn damals dachten zumindest einige IGS-Lehrer, dass, wenn man einmal etwas gelernt habe, es bei einem für immer im Kopf bleibe. Dies war und ist allerdings nicht der Fall. Nur wenn man in sinnvollen Abständen wiederholt, kann man sich die Einzelheiten, z.B. Vokabeln, merken. Durch den Verzicht auf Wiederholungen verlernten die Schüler einiges sehr schnell, wodurch auch die großen Lücken zwischen den Leistungen nach der Klasse 10 und den Anforderungen der Klasse 11 entstanden sein könnten.

Ob diese Wiederholungen erfolgreich waren, kann natürlich durch Kurztests nachgeprüft werden. Häufige Prüfungen dieser Art vermitteln aber Leistungsdruck. Und diesen wollten einige Lehrer/innen den Schülern ersparen. Und deshalb wurde vermutlich auch nicht ausreichend häufig wiederholt. Heute denken die Lehrer der IGS anders darüber, wie wir erfahren haben. Wiederholungen halten sie für wichtig und sehr angebracht. Deswegen werden auch häufiger Vokabeltests und Kurztests geschrieben.

##### 4.2.1.7.3 Weniger Kontrollen

Dass es ebenfalls z.B. weniger Kontrollen der Hefte und Mappen gab, wurde uns von Gesprächspartnerin 14 erzählt. Dies dürfte zu Folge gehabt haben, dass vor allem die „unordentlichen“ Kinder, die Unterrichtsmaterialien wie Zettel usw. nicht vernünftig aufbewahrten, Probleme beim Lernen bekommen könnten, da sie dann keine Ordnung in den Sachen hatten und diese dann überall „herumflogen“. Außerdem wurde uns erzählt, dass es nicht nur weniger Pausenhofaufsichten gab, sondern auch die Innenaufsicht vernachlässigt wurde<sup>44</sup>. Folgen könnten sein, dass die Kinder mehr Unsinn gemacht haben (siehe 4.2.1.6) und sich vielleicht auch mehr geprügelt haben. Bei weniger Aufsicht dürfte es im Gebäude wohl auch definitiv lauter gewesen sein.

---

<sup>42</sup> Gesprächspartnerin 7

<sup>43</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>44</sup> Gesprächspartnerin 14

#### 4.2.1.7.4 „Laissez-faire-Stil“

„Wenn ich damals in meine Klasse ging, herrschte dort oft große Unruhe oder sogar Chaos. Ich habe dann gewartet, bis es ruhig war. Trat während der Stunde große Unruhe auf, habe ich die Stunde unterbrochen. Die Stunde endete dennoch pünktlich. Mein Motto lautete etwa: ‚Wenn ihr unruhig seid, dann wollt ihr nicht arbeiten und dann könnt ihr auch nicht arbeiten.‘“<sup>45</sup>

Diese Schilderung passt doch sehr schön zu diesem Stil. (Wörtlich übersetzt heißt dies: Lassen Sie (sie) machen.) Dieses Verhalten der Lehrer/innen, diese Inkonsequenz wurde ihnen von einigen ehemaligen Schüler/innen sehr zur Last gelegt<sup>46</sup>. „Wenn ihr nicht wollt, dann eben nicht“, so klang zumindest für einige Zeit das Motto einiger IGS-Lehrer. Eine dieser Schülerinnen, die dies berichtete, schickte später ihre Tochter zum Marienstift Schwagstorf.<sup>47</sup>

„Heute bin ich erstens fast immer vor Beginn der Stunde im Raum. Zweitens zähle ich die Minuten, die durch Unruhe verloren gehen und hänge sie zu einem geeigneten Zeitpunkt an eine Unterrichtsstunde an, zu Lasten der Pause. Meinetwegen kann man sagen: Heute zwingen ich die Schülerinnen und Schüler zur Arbeit. Aber Verlängerungen sind nur selten erforderlich. Die Schülerinnen und Schüler haben sich an pünktliches und ruhiges Arbeiten gewöhnt.“<sup>48</sup> Und unsere Gesprächspartnerin fügte hinzu: „Mein heutiges Verhalten hätte ich damals als autoritär bezeichnet und damit abgelehnt.“

Wie hier zu lesen, hat sich die Einstellung einiger Lehrer/innen deutlich geändert. Sie sehen das Ganze nicht mehr so locker und zwingen die Schüler/innen sozusagen zum Lernen, und testen dies mit unterschiedlichen Methoden auch ab.

„Ich weiß, dass schon zu Beginn der IGS einige Kolleginnen und Kollegen Ruhe in ihrem Unterricht hatten. Ich habe das nicht für so wichtig gehalten. Das änderte sich erst nach einigen Jahren.“<sup>49</sup>

Es entwickelte also zumindest bei einem Teil der Lehrerschaft die Einsicht, dass sie etwas falsch gemacht hatten. Dies geschah sicherlich ein wenig aufgrund der Kritik einiger Schüler/innen des ersten Jahrgangs. Oder war das fehlende Vertrauen eines Teils der Elternschaft eine Ursache der Veränderungen? Wir möchten aber noch einmal darauf hinweisen, dass es auch in den ersten Jahren der IGS Lehrer/innen gab, in deren Unterricht Ruhe herrschte<sup>50</sup>. Nur – über die positiven Ausnahmen wird natürlich nicht berichtet.

#### 4.2.1.8 Nicht zufrieden stellende Schülerleistungen

Beginnen wir mit dem Bericht einer Gesprächspartnerin: „Eine ehemalige Schülerin meiner Klasse aus dem 1. Jahrgang der IGS hat mir bei einem Klassentreffen Folgendes erzählt: ‚Ihr beiden Tutoren wart immer nett zu uns, aber ich war eine faule Schülerin und ihr habt mich nicht zum Lernen gezwungen. Dann bin ich nach der 9. Klasse auf die Berufsschule gegangen. Einmal fragte der dortige Lehrer, wie viele Meter 1,3 Kilometer seien. Ich wäre am liebsten im Boden versunken. Alle um mich herum – sie kamen von anderen Schulen – meldeten sich. Ich hatte keine Ahnung. Und bei dir hatte ich Matheunterricht gehabt.‘“<sup>51</sup>

Diese heftige Anschuldigung würden wir gerne ganz kurz erläutern: Sie bedeutet nichts anderes, als dass die Schülerinnen und Schüler nichts oder fast nichts gelernt haben.

---

<sup>45</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>46</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>47</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>48</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>49</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>50</sup> Gesprächspartnerin 3

<sup>51</sup> Gesprächspartnerin 14

Dass diese Anschuldigung gerechtfertigt war, zeigt auch der nächste Abschnitt: „Nach einer schulfachlichen Überprüfung der Gesamtschulen in Niedersachsen im Jahre 1979 war das Ergebnis, dass die Gesamtschulen eine mit Mängeln behaftete Schulform war. Es wurde eine Differenzierung in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften festgelegt. So erkannten die Bundesländer die Abschlüsse der Gesamtschule an“.<sup>52</sup>

Dazu fanden wir in diesem Schriftstück, das der damalige Schulleiter Herr Dirkmann an die Lehrer verteilt hat, folgendes Zitat:

„In den Gesamtschulen wurde vielfach diese Differenzierung als Angriff auf die Gesamtschuleidee begriffen. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Kritik fand nicht statt. Es erfolgte vielmehr auch von Seiten der Gesamtschule eine ideologische Abschottung gegenüber dem dreigliedrigen Schulwesen.“

Was sagen diese beiden Absätze denn eigentlich aus? Die Kernaussage lautet: Die Gesamtschule war eine mit Mängeln behaftete Schulform. Das heißt vor allem, die Leistungen der Schüler und Schülerinnen waren nicht ausreichend. Und wir haben in unseren Gesprächen einige Hinweise darauf bekommen, dass bei einigen Eltern Zweifel entstanden, ob die Gesamtschule eine „schulordnungsmäßig gesittete Form“<sup>53</sup> habe.

„1980 war das erste Abiturjahr der IGS Fürstenau. Mit dem Ergebnis an sich konnte die Schule zufrieden sein, nicht jedoch mit den hohen Verlusten auf dem Weg dahin. Der damalige Oberstufenleiter erstellte eine Evaluation und Interpretation der Ergebnisse. Diese wurde in der Oberstufenkonferenz diskutiert. Als Ergebnis wurden im Wahlpflichtbereich II Förderkurse in Englisch, und Mathematik eingerichtet (2 Stunden im halbjährlichen Wechsel). Diese Kurse erwiesen sich aber als nicht ausreichend. Kritisch wurde von Eltern, Lehrern und Schülern auf die hohe Differenz zwischen den Noten Ende 10 und (Anfang. Die Verf.) 11 hingewiesen. Es wurde konstatiert, dass die Anforderungen zwischen S I und S II (= Sekundarstufe I und Sekundarstufe II. Die Verf.) zu weit auseinanderklaffen. Die Anforderungen in der S II zu senken, hätte so manches Abitur gefährdet. Über zehn Jahre stand dieses unter Aufsicht und peinlichen Kontrollen der gymnasialen Dezernenten und ihrer Fachberater. Nach heftigen Diskussionen beschloss die Gesamtkonferenz 1994 als Ausweg aus diesem Dilemma die Einführung von Z-Kursen ab dem 9. Jahrgang.“<sup>54</sup>

Dieses Zitat fanden wir sehr nützlich um zu verdeutlichen, welche mangelhaften Schülerleistungen früher vorlagen. Zwar fand diese Diskussion erst später statt, allerdings bestätigt diese unsere Nachforschungen, denn die Ursachen für die Probleme der späteren Abiturienten wurden bekanntlich in deren Schuljahren 5 bis 10 geschaffen.

Aus diesem Ausschnitt kann man sehr gut entnehmen, dass die IGS es geschafft hatte, zum Abitur zu kommen und mit dem Ergebnis auch zufrieden sein konnte. Dennoch war der Weg dahin sehr beschwerlich, weil deutliche Differenzen auftraten, d. h. für die Schüler/innen war es vor allem in den Fächern Englisch und Mathematik ein sehr großer Schritt von Klasse 10 nach Klasse 11. Viele sind daran auch gescheitert.

Diese Beobachtungen machten auch manche Kinder, die späterhin meinten, ihre Lehrer seien nicht streng genug gewesen. Sie hätten heftiger durchgreifen und die Schüler sozusagen zum Lernen zwingen müssen.<sup>55</sup>

---

<sup>52</sup> Dirkmann: Strukturelle Entwicklung ...

<sup>53</sup> Aus einem Schreiben des Schulelternrats

<sup>54</sup> Dirkmann: Strukturelle Entwicklung ...

<sup>55</sup> Gesprächspartnerin 14

Einige Probleme gab es auch beim Schulwechsel. Da Schüler, die vorher auf die IGS gingen, ein nicht so schnelles Lerntempo hatten und im Stoff nicht soweit vorangekommen waren wie ihre Alterskameradinnen in der neuen Schule, mussten sie, wenn sie umgezogen waren und auf eine andere Schule wechselten, eine Klasse wiederholen, um den Anschluss wieder zu bekommen. Diejenigen aber, die auf eine IGS wechselten, kannten den Stoff bereits, der jetzt erst in der IGS gelernt wurde schon, da sie zumindest in einigen Fächern ein höheres Lerntempo hatten und mit sehr viel mehr innerem Druck arbeiteten und häufig einen intensiveren Arbeitsstil gewohnt waren.

#### 4.2.1.9 „Die Gesamtschullehrer stellten sich nicht der Kritik<sup>56</sup>“

Wie reagierten die Lehrer/innen auf diese intensive Kritik an ihrer Arbeit? Wir vermuten, dass sie diese Bewertungen zurückwiesen. Sie nahmen laut Herrn Dirkmann diese und die deshalb aufgezwungene Differenzierung als Angriff auf das Schulsystem von Gesamtschulen. Sie wollten die Kritik weder annehmen noch sich damit auseinandersetzen. Außerdem wollten sie eigentlich überhaupt nicht mit den Anhängern des dreigliedrigen Schulsystems diskutieren. Sie distanzierten sich von den anderen Schulen und hielten sich selbst für unangreifbar.

Dies empfinden wir als sehr ichbezogen. Anstatt sich der Kritik zu stellen, schotteten sie sich immer mehr ab, bis sie zum Außenseiter des Schulwesens wurden. „Die Gesamtschulbewegung stagnierte und geriet in eine Außenseiterstellung.“

#### 4.2.1.10 „Nein, das ist nicht mehr unsere Schule“

Hatte man die Schule doch nicht so gewollt? Teile der Bevölkerung, des hiesigen Raumes hätten auf eine entsprechende Frage sicherlich geantwortet: „Nein, das ist nicht mehr unsere Schule.“ Sie wandten sich immer mehr ab, weil sie z.B. nicht mit der Pädagogik dieser Schule einverstanden waren. Sie schickten ihre Kinder dann auch an andere nahe gelegene Schulen wie das frühere Jungeninternat Handrup, die Mädchenschule Schwagstorf oder das Gymnasium Bersenbrück. Dies ist auch bis heute so geblieben. Auch heute gibt es immer noch verschiedene Gruppierungen in Fürstenuau, die die IGS nicht gut finden. Manche der jungen Lehrer sahen dies jedoch ganz anderes. Sie fanden diese Schule gut und hatten die Hoffnung, mit ihr einige ihrer Meinung nach reformwürdige Bereiche der Gesellschaft zu verändern.

Schule verändern? Sicherlich ist ein gutes und immer notwendiges Ziel. Dass dieses aber nur mit den Eltern und nicht gegen sie geht, dessen waren sich einige Lehrkräfte, wie oben erwähnt, anscheinend nicht bewusst. Die Folgen zeigen wir im nächsten Abschnitt.

Und die Veränderung der Gesellschaft durch die Schule?

In diesem Zusammenhang berichtete unser Tutor von einem interessanten Erlebnis. Am letzten Informationstag (oder „Tag der offenen Tür“) hatten zwei Mädchen ‚seiner‘ 9. Klasse die Mitbetreuung eines Standes übernommen. Er trat hinzu und sprach sie an: „Ihr geht doch hier zur Schule?“ – Nach kurzem Zögern gingen sie auf das Rollenspiel ein. „Ja.“ – „Tja – ich überlege, ob ich mein Kind hier anmelden soll. Könnt ihr mir einen Ratschlag geben?“ – „Ja, Sie sollten das Kind auf jeden Fall hier anmelden.“ – „Sie ist eine sehr gute Schülerin und könnte auch nach Handrup gehen.“ – „Aber hier gehen die Lehrerinnen und Lehrer viel besser auf den einzelnen Schüler ein. Deshalb bist du, Annette, doch nach dem 8. Schuljahr von Handrup zu uns gekommen, obwohl du dort super Noten hattest.“ – Annette: „Ja, das stimmt.“ – „Schönen Dank für die Auskünfte.“

---

<sup>56</sup> Dirkmann: Strukturelle Entwicklung ...

Ist nicht vielleicht doch ein wenig am Prinzip Leistungsgesellschaft verändert worden? Gelten doch noch andere Werte als die messbare Leistung? Offenbar ja. Diese Schülerin ist trotz sehr guter Leistungen auf dem Gymnasium zur IGS gekommen, da die Lehrer und Lehrerinnen hier mehr als an ihrer bisherigen Schule in Handrup auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler eingehen. Dies ist eindeutig eine Veränderung der Leistungsgesellschaft und zeigt, dass in gewissen Bereichen die Berufsphilosophie der Lehrer und Lehrerinnen doch etwas zumindest auf dieser Schule verändert hat und dass diese Veränderungen von einem Teil der hiesigen Bevölkerung als positiv empfunden werden.

Hatten denn die Lehrerinnen und Lehrer der IGS selbst Vertrauen in ihre Schule? In den ersten Jahren schickten sie ihre Kinder fast selbstverständlich zu dieser Schule in ihrem Wohnort. Irgendwann aber gab es das erste Lehrerkind, das von der Grundschule nach Handrup wechselte. Natürlich haben auch Lehrerinnen und Lehrer das Recht, die Schule ihrer Kinder frei zu wählen. Aber in der Schule entstand eine heftige Diskussion. Eine Kollegin habe dabei einmal gesagt: „Ein Bäcker sollte seine eigenen Brötchen mögen.“<sup>57</sup> Warum sollten die hier aufgewachsenen Familien eine Schule gut finden, wenn einige der dort Beschäftigten ihre Kinder woanders hinschickten?

Und es gab und gibt auch aktive Mitglieder der Fürstenauer SPD – eigentlich doch selbstverständliche Unterstützer der Gesamtschule – die ihre Kinder nicht dort anmeldeten<sup>58</sup>.

Als dann auch noch einige Lehrer/innen die Schule verließen, kamen natürlich auch die Fragen: Warum sind sie gegangen? Wollten sie gehen? Sind sie mit der Schule, so wie sie sie aufgebaut haben, nicht mehr zufrieden? Hat die Schule sich anders entwickelt, als sie es wünschten? Auch dies hinterließ zumindest bei den Eltern, die gegen die IGS waren, negative Eindrücke.

#### 4.2.2 Was ist von außen gegen die IGS unternommen worden?

##### 4.2.2.1 Öffnung andere Schulen in der Umgebung

Da auch das Jungeninternat Handrup Interesse daran hatte, möglichst viele leistungsstarke Schüler für sich zu gewinnen, aber Angst hatte, dass die Schüler zur IGS gingen, schlossen sie einen „Schulverbund“ mit den umliegenden Samtgemeinden.<sup>59</sup> Einige Jahre später öffnete es sich auch für Mädchen des hiesigen Raumes.

Welche Folgen hatte diese Öffnung für die IGS? „Insbesondere viele Fürstenauer Eltern sehen in ihr (also der Handruper Schule. Die Verf.) trotz der Existenz einer Gesamtschule, die eine gymnasiale Oberstufe anbietet, die geeignete Schule für ihre Kinder.“<sup>60</sup> Dieser Satz verwunderte uns überhaupt nicht, da, wie oben schon erwähnt, viele Fürstenauer nach Handrup gehen. Schließlich ist dies das nächste Gymnasium im Umkreis und besitzt außerdem einen guten Ruf. Außerdem sind viele Eltern auch der Ansicht, dass der Bildungsstand der Schüler/innen in Handrup ein besserer ist als auf der IGS.

---

<sup>57</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>58</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>59</sup> <http://www.leoninum.org/Leoninum/frameset/index.html> 25.01.2011

<sup>60</sup> a.a.O.

Mit dem Mädcheninternat Schwagstorf, nur fünf Kilometer von Fürstenau entfernt, wurde eine weitere weiterführende Schule geöffnet. Hatte diese Öffnung der Schule genauso schwerwiegende Folgen für die IGS, wie die Öffnung des Jungeninternats? Wir glauben, dass die Folgen nicht so weitreichend waren. Schließlich war die Marienschule nur für Mädchen und außerdem führte sie damals nur bis zum Hauptschulabschluss. In den letzten Jahren, hat sich jedoch einiges geändert. Die Schule wurde ausgebaut und zur Realschule erweitert<sup>61</sup>. Vor drei Jahren wurde sie auch für Jungen geöffnet<sup>62</sup>. Mehr und mehr wurde bzw. wird die Schule attraktiver und machte der IGS mehr und mehr Konkurrenz.

#### 4.2.2.2 Die Beratung an den Grundschulen

Von mehreren Zeitzeugen haben wir gehört, dass in den Anfangsjahren der IGS fast alle Grundschüler/innen aus Fürstenau zur IGS gingen<sup>63</sup>. Doch sie erwähnten auch, dass dieses sich im Laufe der nächsten Jahre verändert habe. Warum gingen nicht mehr alle Schüler/innen der Grundschule, die aus Fürstenau kamen zur IGS? Über die Gründe haben wir in diesem Kapitel schon intensiv nachgedacht. Jetzt stellt sich eine weitere Frage: Wurde an der Grundschule in Fürstenau vielleicht von den dort tätigen Lehrerinnen und Lehrern von der IGS abgeraten? Vielleicht auch wegen der zum Teil fehlenden Leistungen oder dem teilweise chaotischen Verhalten der Schüler, aber auch einiger Lehrer?

Vielleicht hatte sich eine „Antihaltung“ gegenüber der IGS entwickelt oder war schon vorhanden. Fanden sie die IGS nicht gut, empfahlen sie die Kinder eher auf die umliegenden Schulen. Allerdings können wir auch verstehen, dass talentierten und ruhigen Schülern das Gymnasium Handrup empfohlen wurde, da sie dort intensiver und auch mehr lernen als auf der IGS, wenn sie auch nicht in jeder Hinsicht zufriedener sind, wie die erwähnte Mitschülerin Annette es schilderte.

Auch die Beratung würde daher erklären, warum immer mehr Grundschüler/innen aus Fürstenau nicht die weiterführende Schule vor Ort besucht haben. Mehr dazu im folgenden Teilkapitel.

Heute allerdings ist die IGS sozusagen ein „Freund“ der Grundschulen. Inzwischen wird Kindern geraten, die z.B. eine Gymnasialempfehlung haben, aber eher ruhig im Unterricht sind, auf die IGS zu gehen, da sie dort mehr Chancen hätten. So wurde eine der beiden Autorinnen persönlich beraten. Auch das Kursangebot und die Arbeitsgemeinschaften der Schule haben wohl positive Spuren hinterlassen. Dies zeigt, dass sich das Bild der IGS nicht nur in der Allgemeinheit geändert hat, sondern auch bei den Lehrerinnen und Lehrern der Grundschulen.

---

<sup>61</sup> <http://www.marienschule-schwagstorf.de/Paedagogische-Ziele.22.0.html> , 11.02.11

<sup>62</sup> a.a.O.

<sup>63</sup> Gesprächspartnerinnen 6 und 9

#### 4.3 Zusammenfassung: Die IGS verlor das Vertrauen eines Teils der Elternschaft des engeren Einzugsbereichs

##### 4.3.1 Einige Zahlen<sup>64</sup>

Schuljahr	Schülerzahlen insgesamt	Landkreis Osnabrück	Anteil der Schüler aus dem Landkreis Osnabrück (%)
1971/1972	209	188	90,0
1972/1973	392	367	93,6
1973/1974	568	525	92,4
1974/1975	780	719	92,2
1975/1976	1007	915	90,9
1976/1977	1231	1084	88,1
1977/1978	1435	1185	82,6
1978/1979	1480	1246	84,2
1979/1980	1491	1166	78,2
1980/1981	1387	1042	75,1
1981/1982	1317	948	72,0
1982/1983	1244	853	68,6
1983/1984	1126	717	63,7
1984/1985	1080	637	59,0
1985/1986	1036	581	56,1
1986/1987	1052	538	51,1
1987/1988	1009	480	47,6
1988/1989	995	476	47,8
1989/1990	1030	509	49,4
1990/1991	1055	563	53,4
1991/1992	1077	642	59,6

##### 4.3.2

<sup>64</sup> Zahlen aus einer Übersicht der Samtgemeindeverwaltung

### 4.3.3 Versuch einer Interpretation

Recht kurz vor Toresschluss ist uns klar geworden, dass es sinnvoll wäre, weitere Zahlen zur Verfügung zu haben. Und zwar wäre es interessant, zu erkennen, wie viel Prozent der Schülerinnen und Schüler aus dem engeren Einzugsbereich der IGS (also von den Grundschulen in Fürstenau, Schwagstorf und Bippin) nach der Grundschule an der Gesamtschule angemeldet wurden. Wir wandten uns zunächst an Herrn Dirkmann und dieser verwies uns an die Verwaltungen in der Schule und in der Samtgemeinde. Leider konnten wir von dort nur eine Übersicht erhalten, die aussagte, aus welchen Landkreisen die IGS-Schülerschaft in den unterschiedlichen Schuljahren stammte. Aber auf den zweiten Blick ließen sich für uns doch zumindest teilweise nutzen.

Wir erkennen:

- a. Die Schülerzahlen sind in den ersten Jahren ständig gestiegen. Das ist nicht überraschend, da die Schule von unten wuchs und deshalb war dort im Schuljahr 1971/72 nur ein Jahrgang unterrichtet worden.
- b. Der Anteil der Schüler/innen aus dem Landkreis Osnabrück ist innerhalb der ersten 20 Jahre des Bestehens der Schule erheblich zurückgegangen, in einigen Jahren auf weniger als die Hälfte.

Was bedeutet das im Einzelnen? Im ersten Jahr kamen fast alle Schüler/innen aus dem Landkreis Osnabrück. Wenige kamen aus der nordrheinwestfälischen Nachbargemeinde Schale.<sup>65</sup> Wenn jetzt der Anteil der Schüler/innen aus dem Landkreis Osnabrück in den folgenden Jahren immer stärker gesunken ist, dann kann das folgende Ursachen haben:

- a. Es müssen immer mehr Schüler/innen von außerhalb des Landkreises zur IGS „gegangen“ sein. Tatsächlich kamen sie auch aus den Städten Rheine (42 km entfernt) und Lingen (28 km)<sup>66</sup>.
- b. Da die Schule nur eine begrenzte Zahl von Schüler/innen aufnehmen konnte, war der hohe Zuwachs von weit außerhalb nur möglich, weil zahlreiche Schüler/innen aus dem engeren Einzugsbereich nicht zur IGS wechselten.
- c. Hinzu kommt die Tatsache, dass immer mehr Schüler/innen aus dem nördlichen Landkreis Osnabrück, also den Samtgemeinden Bersenbrück und Artland zur IGS kamen. Auch sie fanden nur deshalb Plätze vor, weil die Schüler/innen aus Fürstenau, Schwagstorf, Hollenstede, Settrup und der Gemeinde Bippin woanders zur Schule gingen.

Eine indirekte Bestätigung dieser Thesen erfolgte auch in der Kreistagsdebatte. Denn dort wurde darauf hingewiesen, dass die Samtgemeinde Artland nach der Samtgemeinde Fürstenau das zweitgrößte Schüleraufkommen an der IGS stelle<sup>67</sup>.

Blicken wir noch einmal in das Papier Herrn Dirkmanns: „Da inzwischen der Raum, aus dem Schülerinnen und Schüler die IGS Fürstenau besuchen durften, auf den Altkreis Bersenbrück eingengt wurde, musste mit einer Vierzügigkeit statt Sechszügigkeit (also vier statt sechs Parallelklassen. Die Verf.) gerechnet werden. Entsprechend klein würde die Oberstufe werden. Das Gespenst des Verlustes der Oberstufe nahm konkretere Gestalt an. Der hohe Zuzug von Aussiedlern verdrängte dies jedoch zunächst zumindest zahlenmäßig. Die Schule blieb sechszügig. Allerdings handelte sie sich nach kurzer Zeit wegen der hohen Zahl der Aussiedlerkinder neue Probleme ein. Zunächst schleichend, dann zum Schuljahr 1997 massiv erfolgte

---

<sup>65</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>66</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>67</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3, S. 11

eine Abwanderung potentieller Gymnasialkinder nach Handrup. Von 1991-1996 betrug die Übergangsquote nach Handrup im Durchschnitt 17,7%. 1997 schnellte sie hoch auf 27 %. Seit dieser Zeit hat die Schule stärker als vorher ein Negativimage bezüglich der Zusammensetzung der Schülerschaft.<sup>68</sup>

Was erfahren wir aus diesem Abschnitt? Mindestens zwei Sachverhalte werden erwähnt:

- a. Immer mehr Schüler/innen wechselten nach der Grundschulzeit statt zur IGS nach Handrup. Wenn Herrn Dirkmanns Zahlen sich auch auf einen deutlich späteren Zeitraum beziehen, so dürften die Anfänge der Entwicklung bereits im ersten Jahrzehnt spürbar gewesen sein.
- b. Es drohte der Verlust der Oberstufe wegen der geringer werdenden Zahl leistungsfähiger Schüler/innen.

Und warum kamen immer häufiger Schüler/innen mit langem Schulweg in die IGS, obwohl die doch in den Augen der einheimischen Bevölkerung an Ansehen verloren hatte? Nun, auch das hatte sicherlich sehr unterschiedliche Gründe. Unsere Schule war lange Zeit die einzige Ganztagschule in der Region. Die Berichte über die verschiedenen hier gesehenen Probleme drangen wohl auch nicht vollständig nach weit außerhalb. Vielleicht wurden sie dort auch anders bewertet als vor Ort. Und dann haben viele Familien auch einen wichtigen Vorteil der Gesamtschule für ihre Kinder nutzen wollen: die Möglichkeit, hier alle drei Schulabschlüsse erwerben zu können, ohne früh festgelegt zu sein. Durch diesen Zulauf von außerhalb hat die IGS ihre Schülerzahlen halten können. Aber: „Voraussetzung für das Gelingen ist, dass alle Kinder des hiesigen Raumes dann die integrierte Gesamtschule in Fürstenuau besuchen werden.“ Dieses Ziel, formuliert in der Gründungszeit (s. Kapitel 3.6), wurde nicht erreicht. Und der Anteil der Schüler/innen, die mit Erfolg in die Oberstufe wechseln konnten, blieb viele Jahre lang recht gering.<sup>69</sup>

---

<sup>68</sup> Dirkmann: Strukturelle Entwicklungen ...

<sup>69</sup> a.a.O.

## 5. Der Kreistagsbeschluss

### 5.1 Auszug aus dem Kreistagsprotokoll

Der Kreistag beschließt am 19.01.1977 mit 25 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion und Kreistagsabgeordneter Middelberg) gegen 18 Nein-Stimmen (SPD/FDP-Fraktion) den 1. Absatz des folgenden Beschlussvorschlages<sup>70</sup>:

„Der Landkreis Osnabrück beabsichtigt, den Schülern der IGS Fürstenau die Möglichkeit zu eröffnen, in Fürstenau das Abitur abzulegen. Deshalb richtet der Landkreis einen Sekundarbereich II in gymnasialer Form als Außenstelle des Artland-Gymnasiums in Fürstenau ein.“<sup>71</sup>

### 5.2 Die Argumentation einiger Kreistagsabgeordneter

#### 5.2.1 Schülerzahlen

„ .. bei dieser Betrachtungsweise sei festzustellen, dass die schwächsten Glieder – gemessen an der Schülerzahl – zum einen die IGS Fürstenau und zum anderen das Artland-Gymnasium darstellten.“

Mit dieser Aussage sind wir – wie wir schon im Kapitel 4 erläutert haben – beim Hauptgrund der Entscheidung des Kreistages, dass die IGS Fürstenau Nebenstelle des Artlandgymnasiums werden sollte.

Kreistagsabgeordneter Knemeyer (CDU) vertritt die Meinung seiner Partei. Doch ist diese Behauptung der zurückgehenden Schülerzahlen wirklich wahr? Oder ist es möglicherweise auch nur die Hälfte der Wahrheit, was Herr Knemeyer behauptet? Das folgende Zitat von Herrn Hachmeister (SPD) lässt dies vermuten.

„Nach dem Erlass vom 18.12.1975 über die ‚Richtlinien für die Bildung von Klassen an allgemein bildenden Schulen‘ können am Artland-Gymnasium beispielsweise bei 40 Schülern drei Klassen gebildet werden. Hinsichtlich der Integrierten Gesamtschule Fürstenau sei nach der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung (§ 3, Abs. 8) eine Zweizügigkeit möglich.“<sup>72</sup> Weiter meint dieser Kreistagsabgeordnete, dass das Kultusministerium den allgemein rückläufigen Schülerzahlen Rechnung trage, da eine 15%ige Unterschreitung der jeweiligen Klassenfrequenzen eingeräumt werde.<sup>73</sup>

Warum wurde diese Tatsache nicht berücksichtigt? Das fragten nicht nur wir uns, sondern das fragte ganz öffentlich auch Herr Hachmeister in der Kreistagssitzung. Wäre das Übersehen dieser Tatsache vielleicht ein Hinweis darauf, dass eine Oberstufe in Fürstenau gar nicht gewollt war? Genau können wir das leider nicht sagen. Aber wir dürfen es vermuten.

Kreistagsabgeordneter Quassowski (CDU) warnte auf der Sitzung davor, Fronten zwischen Quakenbrück und Fürstenau aufzubauen. Wir können nicht behaupten, dass es zwischen Fürstenau und Quakenbrück keine Fronten gab. Das würde nicht stimmen<sup>74</sup>. Die Frage ist nur, ob diese Fronten mit dem Beschluss des Kreistages kamen oder ob sich die Fronten nur verhärtet haben.

---

<sup>70</sup> Protokoll der Kreistagssitzung, S. 6

<sup>71</sup> Protokoll der Kreistagssitzung, Anlage 3, S. 6

<sup>72</sup> Protokoll der Kreistagssitzung, Anlage 3, S. 10

<sup>73</sup> Protokoll der Kreistagssitzung, Anlage 3, S. 10 (umformuliert)

<sup>74</sup> B. Haar über Kritik aus dem Artland-Gymnasium

### 5.2.2 Entfernung

Sprechen wir nun über einen weiteren Argumentationsbereich: „... kommt Herr Bresser auf die 35 Kilometerentfernung zwischen Quakenbrück und Fürstenau zu sprechen, die zu dem noch in einem außerordentlichen schlechten Straßenzustand sei. Ein täglicher Austausch von Schüler und Lehrer werde dadurch völlig unmöglich gemacht.“<sup>75</sup>

Die Entfernung war ein viel genannter Grund für die Einrichtung einer eigenständigen Oberstufe. Mit der Stilllegung des Personenverkehrs auf der Bahnstrecke war den Fürstenauern das schnellste Transportmittel genommen worden (s. Kapitel 3).

„... im Übrigen betrage die Entfernung lediglich 27 km und nicht 35 km.“<sup>76</sup> Warum gibt Herr Quassowski eine kürzere Entfernung zwischen Quakenbrück und Fürstenau an? Erhoffte er sich damit eine größere Chance, die eigenständige Oberstufe der IGS zu verhindern? Ja, er war ein Gegner der Oberstufe. Aber mehr können wir zu diesem Argument nicht sagen. Wir wissen nur, dass die von ihm angegebene Entfernung falsch war. Denn sie beträgt laut Wegweiser 35 Kilometer.

Doch auch die Gegner der eigenständigen Oberstufe waren sich des Problems des Pendelns von Lehrern und Schülern bewusst. Schließlich müssten die Lehrer sowohl am Artland-Gymnasium als auch an der IGS unterrichten, da einige Kurse nur an einer Schule vorhanden sein würden. Auch die Schüler wären vom Pendeln zwischen den Schulen betroffen, wenn eines ihrer Kursfächer nicht an ihrer eigentlichen Schule unterrichtet würde. Wie es scheint, waren der Straßenzustand, aber auch die Busse<sup>77</sup> für einen solch großen täglichen Austausch nicht geeignet.

Schließlich kam der Vorschlag, dass die Schüler/innen die entsprechenden Kurse an anderen Stellen des Nordkreises, die mit dem Bus in einem angemessenen Zeitraum angefahren werden könnten, belegen sollten.<sup>78</sup> Nähere Ausführungen dazu fanden wir nicht.

Wir finden, dass diese Entscheidung eigentlich keine Lösung beinhaltet. Zumindest nicht für die Gesamtschule in Fürstenau. Auch wenn die Fahrzeit der Schüler verkürzt werden würde, hätte man trotzdem noch das Problem, dass die Schüler/innen an einem Gymnasium sicherlich ganz anders unterrichtet würden als auf der integrierten Gesamtschule. Wir sind der Meinung, dass man eine integrierte Gesamtschule nicht einfach mit einem Gymnasium zusammenlegen kann. Das würde früher oder später „zu einem formalen und pädagogischen Abbruch des Gesamtschulversuches führen“. Da können wir dem Abgeordneten Bresser nur zustimmen.<sup>79</sup>

### 5.2.3 Das Engagement des IGS-Kollegiums

„Im Zuge seiner Ausführungen hob Kreistagsabgeordneter Haar das über den normalen Schulbetrieb hinausgehende Engagement der Lehrkräfte an der IGS hervor. Die Lehrkräfte hätten eine hervorragende Erziehungs- und Bildungsarbeit geleistet. Die Elternschaft wisse das zu schätzen.“<sup>80</sup>

In der Debatte wurden natürlich auch Argumente der IGS-Anhänger genannt, die über die Zahlen hinausgingen. Auf diese positiven Äußerungen würden wir gerne näher eingehen und haben uns zu Beginn das obige Zitat gewählt.

---

<sup>75</sup> Protokoll, Anlage 3, S. 8

<sup>76</sup> a.a.O., S. 12

<sup>77</sup> Gesprächspartnerin 1

<sup>78</sup> Protokoll, Anlage 3, S. 7

<sup>79</sup> Protokoll, Anlage 3, S. 5

<sup>80</sup> Kreistagsprotokoll, Anlage 3, S. 8

Herr Haar hebt das große Engagement der Lehrer der IGS hervor. Was meint er damit? Zu diesem großen Engagement gehörten sicherlich die vielen Stunden, die die Lehrer zusätzlich zur Unterrichtszeit in der IGS verbracht haben. Da gab es Planungssitzungen, Konferenzen, und vieles andere mehr. Oder die Arbeiten an den Wochenenden, zum Teil auch in kleinen Gruppen. Außerdem wurden viele intensive Gespräche mit Eltern geführt.<sup>81</sup> Dieser Satz sagt schließlich aus, dass auch außerhalb der Klassenräume ein gutes Arbeitsklima und eine gute Arbeitsweise herrschte und es viele Beschäftigte gab, die bereit waren, mehr zu arbeiten als es das normale Maß erforderte. Wir nehmen einmal an, dass Herr Haar diesen Satz nicht nur gesagt hat, weil seine Schwiegertochter an der IGS tätig war.

Außerdem glauben wir, dass diese Aussage darauf hinweisen soll, dass die Arbeit mit den Schülern gut verlaufe und diese wegen neuer Pädagogik eine gute Erziehung aufweisen könnten und auch ihr Bildungswissen auf einen guten Stand sei. Die Erwähnung, dass auch die Eltern dies zu schätzen wussten, könnte bedeuten, dass es eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Kollegium und der Elternschaft gäbe. Doch warum gab es dann schon sehr früh die ersten Abmeldungen? Auf diese Frage sind wir in Kapitel 4 genauer eingegangen.

Das große Engagement der Lehrer wird auch in der Aussage von Herrn Bresser unterstützt: „Die Planungsarbeiten (für die Oberstufe) – von qualifizierten Fachkräften der IGS – seien soweit gediehen, dass der Unterricht bereits morgen aufgenommen werden könnte.“<sup>82</sup>

#### 5.2.4 Weitere Argumentation

„Die IGS selbst habe mit dem System des Kursunterrichts im Sekundarbereich I mehr Erfahrungen sammeln können als jedes Gymnasium im Landkreis“ (Protokoll des Kreistages, Anlage 3, S. 4)

Was will der Abgeordnete damit ausdrücken? Nach der Reform der gymnasialen Oberstufe kam auf jedes Gymnasium mit Beginn des 11. Schuljahres damals eine große organisatorische Veränderung zu: Anstelle des Unterrichts im Klassenverband erfolgte dieser jetzt in Kursen<sup>83</sup>. Der damit verbundene Aufwand erforderte eine Menge neuer Kenntnisse, z.B. beim Bau eines Stundenplans. Dadurch, dass die Integrierte Gesamtschule mehrere Jahre lang ein vielfältiges Kurssystem (Leistungskurse, Wahlpflichtbereichskurse, AG-Bereich, ...) erprobt hatte, verfügte sie zur damaligen Zeit für den Übergang in die veränderte Oberstufe über breitere Erfahrungen als jedes Gymnasium.

„Kreistagsabgeordneter Hachmeister verweist auf die Beratung in den Schulausschusssitzungen und in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahmen der Professoren Linke und Müller. Diese Stellungnahmen seien eindeutig positiv zugunsten der Einrichtung eines Sekundarbereiches II an der IGS Fürstenau ausgefallen.“<sup>84</sup>

Auch die wissenschaftliche Begleitung durch die Universität Vechta bzw. durch die Herrn Professoren Linke und Müller war, wie gelesen, ein Argument der IGS-Anhänger für eine eigenständige Oberstufe. Schließlich waren die Stellungnahmen dieser beiden Herren nicht gerade unwichtig. Als Professor an einer Universität wusste man, was von einem Abiturienten im Studium als Bildungsstand erwartet wurde und anscheinend war der Bildungsstand der Schüler/innen der IGS gut genug, so dass die Herrn Linke und Müller eine positive Stellungnahme bezogen. Auf den Zweck derartiger Gutachten sind wir schon in Kapitel 3 zu sprechen gekommen.

---

<sup>81</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>82</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3, S. 3

<sup>83</sup> Gesprächspartnerin 14

<sup>84</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3, S. 10

Doch sind diese Stellungnahmen glaubhaft? Schließlich haben die beiden Professoren mit der Zeit sicherlich auch eine Beziehung zur IGS Fürstenau und deren Kollegium aufgebaut. Aber sie arbeiteten wissenschaftlich, das heißt, dass sie einen Sachverhalt erforschten und ihre Ergebnisse möglichst objektiv bewerteten, also auf die Sache bezogen und nicht auf Freundschaften oder wegen Loyalitätsgefühlen der Schule oder dessen Kollegium gegenüber. Jedoch: Können sie ihre persönliche Meinung wirklich völlig verdrängen? Gibt es zu ein und derselben Frage unterschiedliche Antworten von Wissenschaftlern?

Dazu ein kurzes Beispiel: Als Fritz Fischer 1961 seine These von der (fast) alleinigen Kriegsschuld des Deutschen Reiches, natürlich gut begründet, veröffentlichte, was im Ausland schon seit vielen Jahren gut belegt behauptet wurde, brach in Deutschland ein Sturm der Entrüstung aus. Bisher hatten die Geschichtswissenschaftler aus Deutschland stets behauptet und begründet, Deutschland sei in den Krieg hineingeschlittert. Hier wird ganz klar, dass mehrere Wissenschaftler, auch wenn sie ein und denselben Sachverhalt erforschen, dennoch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen können.

Zurück zum angesprochenen Gutachten: Die Professoren arbeiteten im Auftrag des niedersächsischen Kultusministers. Welche Rolle spielt bei der Erarbeitung von Gutachten die Meinung des Auftraggebers? Im Idealfall spielt sie gar keine Rolle. Doch gibt es den Idealfall? Schließlich sagt der Volksmund: „Wer die Musik bestellt, liefert auch die Noten.“

Wir verglichen diese Aussage mit einem Schriftstück unseres ehemaligen Schulleiters Herrn Dirkmann, welches wir schon in den vorherigen Kapiteln genutzt haben. Wenn die Professoren mit der Arbeit der IGS so zufrieden waren, warum waren dann die tatsächlichen Ergebnisse der späteren Abiturienten, als sie die Arbeit in der Oberstufe begannen, zum Teil mangelhaft, wie es unser ehemaliger Schulleiter in diesem Papier erwähnt?

### 5.3 Reaktionen auf den Beschluss

Die IGS Fürstenau war von dem Beschluss, die Oberstufe als Nebenstelle des Artlandgymnasiums einzurichten, verständlicherweise nicht begeistert. Jahrelang wurde den Fürstenauern die Oberstufe für ihre Schule zugesagt. Wir glauben, dass man die Enttäuschung und Empörung durchaus nachvollziehen kann. Schließlich wurde den Fürstenauer Bürger sowohl durch Pressemitteilung als auch mit einem Erlass vom 04.11.1973 ein Sekundarbereich II zugesagt.

Der Hauptgrund dafür, dass die IGS in Fürstenau gewollt wurde, war schließlich, wie schon erwähnt, dass die Bürger der Stadt ihren Kindern das Abitur in Fürstenau ermöglichen wollten.

Viele Eltern und Lehrer dachten wahrscheinlich auch so wie Kreistagsabgeordneter Herr Bresser, der während der Diskussion im Kreistag Folgendes sagte: „Die IGS werde dann mit der Zeit zu einer Hauptschule mit Realschulzweig.“<sup>85</sup> Wir wissen nicht, ob dies wirklich passiert wäre. Wir wissen nur, dass es vielleicht so hätte kommen können. Die Unsicherheit der Eltern darüber, ob ihre Kinder Abitur machen könnten, hätte sicherlich einige dazu bewegt, ihre Kinder direkt nach Quakenbrück oder Bersenbrück zu schicken oder nach Handrup. Diese Abwanderung hätte wiederum schwerwiegende und nachteilige Folgen für die Nebenstelle Fürstenau gehabt, denn eine IGS mit Oberstufe ist gerade auf die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler angewiesen.

---

<sup>85</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3 S. 4

Doch auch die Rivalität des Quakenbrücker Kollegiums nannte Fürstenau als Grund gegen eine Nebenstelle der IGS am Artland-Gymnasium. Das Kollegium des Artland-Gymnasiums hatte Fürstenau als nicht ebenbürtigen Partner bezeichnet<sup>86</sup>. Die Lehrer des Artland-Gymnasiums fanden die Arbeitsweise der IGS Lehrer bescheiden<sup>87</sup>. Hier, finden wir, wird deutlich, wie sehr sich eine Gesamtschule von einem Gymnasium unterscheidet. Eine Gesamtschule und ein Gymnasium sind wie zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Sie passen eigentlich nicht zusammen.

Das wird auch in dem Zeitungsartikel „Gesamtschule will keine Filiale des Artland-Gymnasiums werden“ des Bersenbrücker Kreisblattes vom 15.01.1977 klar. Hier wird Folgendes gesagt: „...und wies auf die Unmöglichkeit des Vorhabens vor allem wegen der großen Entfernung von Fürstenau nach Quakenbrück und die Unterschiedlichkeit der beiden Schulsysteme hin. Auf der einen Seite sei in Quakenbrück ein traditionelles Gymnasium mit Vormittagsbetrieb vorhanden. Auf der anderen Seite gebe es in Fürstenau ein integriertes Schulsystem, das im Ganztagsbetrieb laufe und das Ziel habe, die Bildungsangebote und die Chancengleichheit im ländlichen Raum zu verbessern.“<sup>88</sup>

Wie sollten zwei so unterschiedliche Schulen zusammenarbeiten, wenn die einen den Partner als nicht ebenbürtig ansahen und die anderen über diese Aussage verärgert waren? Diese Zusammenarbeit hätte, so glauben wir, unter einem schlechten Stern gestanden, hätte sie jemals stattfinden müssen.

Aber nicht nur das Kollegium der IGS hätte mit dem Kollegium des Artland-Gymnasiums seine Schwierigkeiten gehabt. Auch einige Schüler/innen hätten möglicherweise ihre Probleme bekommen. Denn das Gymnasium in Quakenbrück warf den Schüler/innen eine „mangelhafte Leistung“ vor. Das hätte für manche Schüler/innen bedeutet, dass ihnen vom Abitur abgeraten werden würde. Vielleicht hätten es so einige der heutigen Abiturienten gar nicht gegeben.

In dem Zeitungsartikel „Gesamtschule will keine Filiale des Artland-Gymnasiums werden“ des Bersenbrücker Kreisblattes vom 15.01.1977 wird von Herrn Treichel die Idee, dass die IGS eine Außenstelle des Artland-Gymnasiums werden sollte, als „elegante Lösung der Politiker“ angesehen. Dies beinhaltet aber leider keine wirkliche Lösung.

Warum bezeichnet Herr Treichel die Vorschlagslösung der Politiker als „elegante“ Lösung? Bei genauerem Betrachten kann man erkennen, dass das Wort elegant von Herrn Treichel hier nur ironisch gemeint sein kann.

Vielleicht bangten die Beamten am Artland-Gymnasium so sehr um ihre Schule, dass sie jedes Mittel nutzen wollten, um sie zu erhalten.

---

<sup>86</sup> Material Herrn Neumanns

<sup>87</sup> a.a.O

<sup>88</sup> Aussage Herrn Treichels im Bersenbrücker Kreisblatt vom 15.01.1977

#### 5.4 Stellungnahme des Artland-Gymnasiums

In dem Artikel „CDU des Artlandes steht hinter dem Kreistagsbeschluss“ des Bersenbrücker Kreisblattes vom 5.02.1977 haben wir folgendes Zitat gefunden:

„Mehrfach betonte man, der Schulversuch müsste so schnell wie möglich beendet werden, dann erst könne man – auch wegen der festgelegten Einzugsbereiche – von Chancengleichheit sprechen.“

Wenn man dieses Zitat liest, erkennt man ganz klar, wie hart das Artland-Gymnasium gegen die IGS gekämpft hat. Das Artland-Gymnasium will, dass der Schulversuch beendet wird. Meinte der Sprecher damit das Ende der IGS Fürstenau oder nur, dass die IGS Fürstenau keine eigenständige Oberstufe bekommen sollte? Wir wissen nicht, was der Sprecher genau damit ausdrücken wollte. Doch wenn die IGS keine eigenständige Oberstufe bekommen hätte, dann hätten sicherlich auch einige Schüler die Schule gewechselt oder sie wären gar nicht erst auf die IGS gegangen. Schließlich bot Quakenbrück das zweitgrößte Schüleraufkommen nach Fürstenau für die IGS<sup>89</sup>. Wir denken, dass es viele Quakenbrücker Kinder auf dem Gymnasium zu schwer hatten und sich deshalb für die IGS entschieden. Wir könnten uns vorstellen, dass, wenn die IGS „nur“ noch ein Außenstelle des Artland-Gymnasiums gewesen wäre, sich vielleicht einige Schüler/innen sich für das Gymnasium anstatt für die Außenstelle entschieden hätte, da die Schüler/innen spätestens in der Oberstufe einige Kurse am Gymnasium hätten belegen müssen.

Die Frage, die sich uns jetzt gestellt hat, war folgende: War das Artland-Gymnasium wirklich so sehr gefährdet? Im Protokoll des Kreistages haben wir verschiedene Aussagen zu den Schülerzahlen gefunden. Von Herrn Knemeyer wird gesagt, dass man damals bei der Schulkonzeption von weitaus höheren Schülerzahlen ausgegangen war.<sup>90</sup> Gleich darauf behauptete Herr Bresser aber, dass die Schülerzahlen zumindest mittelfristig als ausreichend und gesichert angesehen werden würde.<sup>91</sup> So ging es im Verlauf der Diskussion immer weiter. Es wurde immer wieder gekontert.

Doch uns stellte sich nun die Frage: Inwieweit war das Artland-Gymnasium wirklich gefährdet? In einem Flugblatt, der IGS gegen den Kreistagsbeschluss haben wir folgende Information gefunden: „Denn die Schülerzahlen am Artland-Gymnasium kommen der untersten Grenze für den Fortbestand der Sekundarbereiches II bedenklich nahe.“ (s. Kapitel 6)

Die Schülerzahlen am Artland-Gymnasium waren also für einen Fortbestand einer Oberstufe wirklich sehr knapp. Natürlich entsteht bei einem Gymnasium, das schon seit 1354 besteht und sicherlich auch bei jeder anderen Schule mit Oberstufe der Wunsch, dieses Problem „aus der Welt zu schaffen.“ Bietet es sich dann da nun nicht an gegen die IGS zu sprechen, die dem Gymnasium in Quakenbrück die Schüler wegzunehmen drohte?

Es ist verständlich, dass sowohl das Artland-Gymnasium als auch die IGS die eigene Schule verteidigt haben. Beide wollten etwas für ihre Schule erreichen. Es ist ein Unterschied, ob eine Schule für sich eine eigenständige Oberstufe fordert – wie zugesagt – oder „nur“ eine Nebenstelle bekommt.

Am Mittwoch, dem 19. 01.1977, erschien im Bersenbrücker Kreisblatt der Artikel „Schülerstreik in Fürstenau? – Stellungnahmen der Schulleiter“. In diesem Artikel sagt Oberstudiendirektor des Artland-Gymnasiums Jürgen Tieman: „Ich sehe eine schwierige, aber sicherlich lohnende Aufgabe, die auf die Kollegien der beiden beteiligten Schulen zukommt.“

---

<sup>89</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3, S. 11

<sup>90</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3, S. 2

<sup>91</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3, S. 3

Weiter betont er, dass er zunächst nur eine vorläufige Stellungnahme beziehen könne, da der Kreistagsbeschluss zunächst in der Gesamtkonferenz des Artland-Gymnasiums diskutiert werden müsse. „Ich kann hier aber erklären, dass es eine hohes Maß an Bereitschaft seitens des Kollegiums des Artland-Gymnasiums zur Zusammenarbeit mit den Kollegien jeglicher Schulen besteht, was auch zu einer Lösung dieses uns jetzt gestellten Problems führen wird.“

Doch war es nicht das Artland-Kollegium gewesen, das als erstes in einem Schreiben an die Kreistagsabgeordneten die Bildungsarbeit der IGS abgewertet hat? Laut Herrn Haar ist ein solches Schreiben vom Artland-Kollegium formuliert worden.<sup>92</sup>

Warum behauptet der Schulleiter des Artland-Gymnasiums dann etwas anderes? Wir glauben, dass das Artland-Gymnasium ein gutes Licht auf die Schule werfen wollte. Schließlich wurde diese Stellungnahme in der Zeitung veröffentlicht.

„In diesem Zusammenhang möchte ich noch für das Kollegium des Artland-Gymnasiums hinzufügen, dass wir gespannt und erwartungsvoll auf die Vorstellung der von der Fürstenaauer Schule geleisteten Planungsarbeit blicken und hoffen, sie gemeinsam zum Wohl der Schüler zu verwenden.“<sup>93</sup>

Das hört sich zunächst doch ziemlich gut an für die IGS. Das Kollegium des Artland-Gymnasiums war also sehr interessiert, wenn nicht sogar gespannt darauf, zu erfahren, welche Ergebnisse das Kollegium der IGS Fürstenu bei seiner Planung für die gewünschte eigenständige Oberstufe erzielt hatte. Die dortigen Lehrer/innen wollten die Ergebnisse auch mit verwenden bzw. gemeinsam nutzen.

Aber nach einem erneuten Lesen kamen uns doch leise Zweifel. Hört sich das nicht ein wenig nach Stichelei oder Heuchelei an? Wir erinnerten uns an andere Aussagen, die nicht so positiv waren.

„Mehrfach betonte man, der Schulversuch müsste so schnell wie möglich beendet werden, dann erst könne man – auch wegen der festgelegten Einzugsbereiche – von Chancengleichheit sprechen.“

Wenn man dieses – oben schon genannte – Zitat aus dem Bersenbrücker Kreisblatt mit dem Zitat des Schulleiters des Artland-Gymnasiums vergleicht, dann wird klar, dass eine dieser beiden Aussagen unaufrichtig sein muss.

Leider müssen wir sagen, dass wir glauben, dass das Artland-Gymnasium nicht gerade erpicht auf die Zusammenarbeit mit der IGS war. Wir finden es glaubhafter, dass das Artland-Kollegium an einer Zusammenarbeit nicht so interessiert war, wie in dem Artikel behauptet wird. Schließlich wurde die Stellungnahme des Schulleiters des Artland-Gymnasiums in der Zeitung veröffentlicht, nachdem sich auch die Kreistagsabgeordneten aus Quakenbrück, also auch ein dortiger SPD-Abgeordneter, für eine Außenstelle der IGS am Artland-Gymnasium ausgesprochen hatten. Die Lehrer/innen mussten sich solidarisch mit den Beschluss des Kreistages erklären, da sie keine andere Möglichkeit hatten.

Was wir leider nicht wissen ist, ob der Schulleiter vielleicht auch „vom Kollegium“ gesprochen hat, ohne jedoch eine Befragung durchzuführen. Schließlich sagt er in dem Artikel deutlich: „Es ist wohl verständlich, wenn ich jetzt nur eine vorläufige Stellungnahme abgeben kann, da der Kreistagsbeschluss in der Gesamtkonferenz des Artland-Gymnasiums erst einmal diskutiert werden muss und die sich daraus für die Realisierung notwendigen pädagogischen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der diesbezüglichen Planungsgruppe der IGS Fürstenu erarbeitet werden müssen.“

---

<sup>92</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3, S. 8

<sup>93</sup> Bersenbrücker Kreisblatt, 19.01.1977

Die Lehrer/innen, so glauben wir, hätten sich mit dem Schulleiter solidarisch erklären müssen, da sie keine andere Möglichkeit hatten.

Wir glauben, dass eine Zusammenarbeit dieser beiden unterschiedlichen Schulen nie funktioniert hätte. Unter anderem ist dies ein guter Grund gegen die Kooperationslösung.

## 6. Die Oberstufe wird gerettet

### 6.1 Demonstration und Schulstreik

Am 4. Februar 1977 wurde der folgende Artikel im Bersenbrücker Kreisblatt veröffentlicht „Keine Nebenstelle des Artland-Gymnasiums“.

Wie kam es dazu, dass die IGS schließlich doch noch eine eigenständige Oberstufe bekam? Wie kam es dazu, dass die Fürstenauer Kinder doch noch in ihrer Stadt Abitur machen konnten? Schließlich hatte der Kreistag am 17.01.1977 entschieden, dass die IGS-Oberstufe nur eine Außenstelle des Artland-Gymnasiums werden sollte. Vielleicht sollte man die Frage eher so formulieren: Welche Mittel haben die Fürstenauer Bürger und Politiker eingesetzt, um doch noch eine eigenständige Oberstufe zu erhalten?

Auf den Kreistagsbeschluss vom 17.01.1977 folgten ziemlich schnelle Reaktionen. Zunächst könnten wir uns vorstellen, dass einige Lehrer, Eltern, Politiker und auch Schüler nicht gerade positiv auf diesen Beschluss reagiert haben. Es ist verständlich, dass einige enttäuscht oder sogar wütend waren. Was würden wir denn sagen, wenn wir z.B. wie Herr Selker als Elternvorsitzender oft nach Hannover gependelt wären und es trotz aller Mühen nicht gelungen wäre, eine eigenständige Oberstufe – wie schon zugesagt – zu erhalten.

Wir finden es bewundernswert, dass die IGS (Eltern, Lehrer, Mitarbeiter und Schüler/innen) und ihre Unterstützer (Politiker, Förderkreis, ...) trotz aller Rückschläge weiter für ihre Schule gekämpft haben. Sie haben sich gegen den Kreistagsbeschluss gestellt und gegen die Meinung von außen stehenden Personen. Doch das hätte ohne das Engagement der Eltern sicherlich nicht funktioniert. In dem Artikel „Kämpfen für eine gute Sache“, der am 22.01.1977 im Bersenbrücker Kreisblatt veröffentlicht wurde, sagte auch Elternvorsitzender Selker: „Wir kämpfen für eine gute Sache, nämlich um die Einhaltung der Versprechen dreier Kultusminister und können deshalb ganz ruhig sein.“

Zunächst ein kleiner Überblick über die Geschehnisse und Veranstaltungen nach dem Kreistagsbeschluss:

19.01.1977	Elternversammlung
21.01.1977-27.01.1977	Schulstreik
22.01.1977	Demonstration in Fürstenau
26.01.1977	Schulstreik wird beendet
27.01.1977	Besuch von Dr. Werner Remmers mit beim Elternvorstand

Auf der Elternversammlung, zwei Tage nachdem der Kreistagsbeschluss gefasst wurde, hatten sich über 1000 Eltern in der Aula der IGS Fürstenau versammelt. Aber nicht nur Eltern, Schüler und einige Mitglieder des Lehrerkollegiums waren anwesend. Auch die Landtagsabgeordneten Helga Lewandowsky (SPD) und Reinhard von Schorlemer (CDU), die Kreistagsabgeordneten Heinz Lunte (CDU) und Bernhard Haar (SPD) und die Ratsherren der Samtgemeinde Fürstenau saßen im Forum. Im Artikel des Bersenbrücker Kreisblattes „Fürstenau: Über 1000 Eltern in der IGS-Aula“ vom 21.1.1977 steht, dass Herr von Schorlemer mit tosenden Pfiffen, unter die sich auch zahlreiche Buh-Rufe mischten, empfangen wurde.

Elternvorsitzender Herr Selker sagte wörtlich: „Ich bedauere es als CDU-Mann, dass wir starke Unterstützung im Kreistag nur von der SPD erhalten. Aber das liegt bei den CDU-Abgeordneten am Kirchturmsdenken.“

Zunächst stolperten wir über das Wort „Kirchturmsdenken“. In Wikipedia fanden wir dann die Erklärung dieses Wortes. Herr Selker kritisiert an den CDU-Abgeordneten, dass sie nur an ihr eigenes Dorf bzw. ihre eigene Stadt dachten. Als Abgeordneter sollte man aber doch an das Wohl des gesamten Kreises denken?

Andererseits: In der Debatte gegen die eigenständige Oberstufe an der IGS spielte, wie ausführlich dargelegt, der CDU-Politiker von Schorlemer eine große Rolle. Er lebte und lebt in Lonnerbecke, einem Dorf, das nur 2,5 Kilometer von Fürstenau entfernt liegt. Dann hat er doch einerseits mit seinem Einsatz gegen die Fürstenauer Schule keine Kirchturmspolitik betrieben. Aber wiederum ist zu bedenken, wie wir von einer Zeitzeugin erzählt bekommen haben, dass Herrn von Schorlemers Wahlkreis auch die Stadt Quakenbrück umfasste<sup>94</sup>. Übrigens: Einige Jahre später hat dieser Abgeordnete seinen Sohn an die IGS geschickt<sup>95</sup> - Zeichen einer Versöhnung oder Bequemlichkeit, da der Sohn sonst etwa 10 Kilometer zur Realschule Berge hätte fahren müssen?

Das mögliche Kirchturmsdenken scheint aber nicht nur ein Problem in der CDU gewesen zu sein. Schließlich stimmte SPD-Kreistagsabgeordneter Middelberg für den Beschlussvorschlag der CDU. Die Gründe für seine Entscheidung kennen wir leider nicht ganz genau. Wir haben kein Gespräch mit ihm geführt und auch im Kreistagsprotokoll kommt er leider nicht zu Wort. Doch wir wissen, dass Herr Middelberg aus Quakenbrück stammte. Ist es nicht nahe liegend anzunehmen, dass er aufgrund seiner Heimatstadt für den Beschlussvorschlag gestimmt hat?

Doch dachten die Fürstenauer an das Wohl des ganzen Kreises? Wir würden sagen, dass auch ihnen mehr am Wohle Fürstenaus lag als an dem Wohl des ganzen Kreises. Schließlich hatten sie für eine eigenständige Oberstufe gekämpft und sich nicht mit einer Oberstufe in Form einer Außenstelle am Artland-Gymnasium zufrieden gegeben. Sie sorgten sich mehr um ihre eigene Schule in Fürstenau als um das Gymnasium, das in Quakenbrück seit mehreren hundert Jahren besteht.

„Denn die Schülerzahl am Artland-Gymnasium kommt der untersten Grenze für den Fortbestand der Sekundarstufe II bedenklich nahe.“ Diese Äußerung – oben bereits erwähnt – fanden wir in einem Flugblatt, welches wir auch schon im vorherigen Kapitel erwähnt haben.

Können wir diese Quelle als glaubhaft empfinden? Es ist schließlich ein Flugblatt der IGS Fürstenau. Da wäre es möglich, dass nicht alle Informationen wirklich genau sind. Andererseits war für die Herausgabe dieses Flugblattes der Förderkreis der Gesamtschule zuständig und für den Inhalt war Horst Blume verantwortlich. Warum sollte ein angesehener Mann, im Namen eines bedeutenden Vereins, dem zahlreiche angesehene Bürgerinnen und Bürger Fürstenaus angehörten, etwas Falsches behaupten?

Wir denken, dass wir dieser Quelle Glauben schenken können. Die damalige Situation am Artland-Gymnasium war also wirklich ziemlich kritisch. Und eine Schließung der Oberstufe war vielleicht sogar nahe.

Darum ist es verständlich, dass das Artland-Gymnasium eine eigenständige Oberstufe an der IGS verhindern wollte. Schließlich hätten einige Schüler aus dem nördlichen Einzugsbereich der IGS (Nortrup, Kettenkamp, ...) diese Schule sicherlich nicht besucht, wenn sie nicht bis hin zum Abitur geführt hätte. Sie hätten stattdessen sehr wahrscheinlich das Gymnasium in Quakenbrück besucht.

Auf der anderen Seite ist es aber auch verständlich, dass die Fürstenauer für ihre Oberstufe gekämpft haben. Auf einem der Plakate zur Demonstration stand: „Geht Denkmalspflege vor Schulreform?“

---

<sup>94</sup> Gesprächspartnerin 1

<sup>95</sup> Gesprächspartnerin 14

Warum wurde hier das Wort „Denkmalspflege“ benutzt? Dass es sich bei dem Begriff „Denkmalspflege“ um das Artland-Gymnasium handelt, hat sehr wahrscheinlich mit dem Alter des Gymnasiums zu tun. Die Fürstenauer benutzten es wahrscheinlich deshalb, weil sie der Meinung waren, dass es mehr um die Rettung der Oberstufe des Artland-Gymnasiums als um die Fortsetzung des Schulversuches.

Interessant ist für uns aber auch der Plakatspruch an sich: „Geht Denkmalspflege vor Schulreform?“ Wir gingen bisher davon aus, dass die meistens Fürstenauer Bürger die IGS wegen ihrer gymnasialen Oberstufe wollten. Dieser Spruch veranlasste uns, darüber nachzudenken, ob es vielleicht doch Anhänger/innen der IGS gab, die mehr wollten als nur eine gymnasiale Oberstufe. Oder war dieses Plakat von Lehrer/innen gestaltet worden?

Schließlich sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass es unter den Fürstenauer Bürgern sicherlich einige gab, die die IGS hauptsächlich wegen ihrer gymnasialen Oberstufe wollten. Doch es gab anscheinend auch einige andere Fürstenauer Bürger, die sehr wohl an eine Schulreform dachten.

Heute wissen wir, dass das Artland-Gymnasium trotz der eigenständigen Oberstufe in Fürstenau weiterhin bestehen bleiben konnte.

Zurück zur Versammlung: „In die Höhle des Löwen begaben sich am Mittwochabend in die Fürstenauer Aula die beiden Kreistagsabgeordneten Reinhard von Schorlemer und Heinz Lunte.“ Dies ist der erste Satz des Kommentars zu dem Artikel des Bersenbrücker Kreisblattes. Die „Höhle des Löwen“ war bis auf den letzten Platz gefüllt und es herrschte aufgrund der Verärgerung und der natürlichen Sorge um die IGS eine emotional sehr aufgeladene Stimmung. Die beiden Abgeordneten haben ohne Zweifel eine hohe psychische Leistung vollbracht. Die Frage, die sich uns noch gestellt hat, war folgende: Waren die beiden CDU-Abgeordneten von dem festen Willen und der Anzahl der Eltern und der Schüler beeindruckt?

Eins wurde auf der Versammlung, glauben wir, für alle klar: Die Eltern der IGS Schüler/innen waren bereit, für die eigenständige Obertstufe mit allen Mitteln zu kämpfen. Das, glauben wir, unterstreicht das folgende Zitat aus dem Artikel „Fürstenau: Über 1000 Eltern in der IGS-Aula“ auch noch einmal: „Selker schilderte dann, welche Maßnahmen der Elternrat beschlossen habe und dass man bereit sei, sich bis nach Bonn Gehör zu verschaffen.“

Eine der Maßnahmen war der Schulstreik. Die Eltern wurden dazu aufgefordert, ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken. Mit einer Ausnahme kamen alle Eltern dieser Aufforderung nach. Die Schule blieb aber trotzdem geöffnet und auch die Schulbusse fuhren ganz normal. Streikposten des Schulelternrates sollten in der Zeit des Schulstreiks dafür sorgen, dass keine Schüler die Schule betreten konnten. Doch die Polizei schaltete sich schon bald ein. Im Bersenbrücker Kreisblatt vom 24.01.1977 fanden wir folgendes Zitat: „... teilt die Polizei mit, dass diejenigen Kinder, die am Unterricht teilnehmen wollen oder sollen, die Möglichkeit haben müssen, die Schule zu betreten. Die Polizei wird dafür sorgen, dass diesen Kindern der ungehinderte Zugang zur Schule ermöglicht wird. Verstöße gegen das Schulgesetz könnten laut Mitteilung des Landkreises Osnabrück vom 21.01.1977 mit einem Bußgeld belegt werden.“

Wie reagierten die niedersächsische Regierung bzw. der Kultusminister auf den Schulstreik an der IGS Fürstenau? Im Zeitungsartikel „Ich habe andere Vorstellungen“ vom 22.1.1977 gab der damalige Kultusminister Dr. Remmers zu verstehen, dass er dem Streik der IGS nicht gerade positiv entgegen sah. „Ich bin für eine gute Lösung und werde die Frage genau prüfen, ob die vom Kreistag gewollte Form praktikabel ist, aber unter Druck setzen lasse ich mich nicht, auch nicht durch einen Schulstreik.“

Auch erwähnte Dr. Remmers, dass er zu keinem Gespräch mit dem Elternvorstand bereit sei, wenn der Schulstreik zu dem Zeitpunkt anhalten würde. War dies der Grund dafür, dass der Schulstreik schon früher eingestellt wurde? Darauf kommen wir etwas weiter unten noch genauer zu sprechen.

Die Lehrer waren in der Schule anwesend. Sie mussten ihre dienstlichen Verpflichtungen erfüllen und durften als Beamte nicht mitstreiken.

„Wir wollen nicht verzagen, der Kreistag muss noch einmal tagen“, „Wir lassen uns nicht verschaukeln“, „Sind wir erst in Quakenbrück, gibt es kein zurück“, „Geht Denkmalspflege vor Schulreform?“, „Wir wollen nicht die Marionetten des Artland-Gymnasiums sein“, so und ähnlich lauteten die zahlreichen Sprüche auf den Plakaten und Spruchbänder, die die rund 4000 Bürger zur Demonstration mitgebracht hatten.

Am Samstag, dem 22.01.1977, fand in Fürstenau die wohl größte Demonstration der Fürstenauer Geschichte statt. Bei dieser Demonstration gab es kaum Zuschauer, denn die meisten Bürger sind selbst mit marschiert. Die Fürstenauer erregten damals sogar soviel Aufmerksamkeit, dass sowohl über die Demonstration als auch über den Schulstreik in den 20-Uhr-Fernsehenachrichten berichtet wurde.

Der Protestmarsch wurde, wie auch der Schulstreik vom Schulelternrat geplant und durchgeführt. Von der Gesamtschule an der Schorfteichstraße bewegte sich der kilometerlange Protestzug in Begleitung der Polizei durch die Innenstadt bis hin zum Marktplatz. Im Anschluss an diese Demonstration fand im Lehrerzimmer der IGS eine Pressekonferenz statt.

Im Artikel „Es geht um die Qualität unserer Schule“, der zur Demonstration, am 24.01.2011 im Bersenbrücker Kreisblatt erschien, heißt es: „Es ist gerade bei Schulen immer vom Elternrecht die Rede. In den vergangenen Jahren haben sich Eltern in steigender Zahl dafür entschieden, ihre Kinder nicht auf eine andere Schule zu schicken, sondern auf unsere Angebotsschule, die IGS Fürstenau, zu schicken. Jetzt in diesen Tagen bekunden über 1000 Eltern ihren Willen ganz klar und eindeutig durch einen befristeten Schulstreik. Mit diesem Streik wollen wir niemanden erpressen, sondern dem Kreistag einmal ganz klarmachen, was er angerichtete hat. Wir müssen einmal ganz laut und deutlich fragen: Warum gilt das Elternrecht nur für andere und nicht für uns? So etwas kann und darf nicht sein!“

„Das Recht zur Mitwirkung bei Entscheidungen kann nur der wahrnehmen, der sich zur Wort meldet und seine Ansichten zur Geltung zu bringen weiß“, diesen Satz hat einmal unsere ehemaliger Bundespräsident Heinemann gesagt und auf diesen Satz berief sich auch der Schulelternrat. Durch die Demonstration hat sich die Elternschaft der IGS Gehör verschafft. Von dem damaligen Schulleiter Thilo Hermann wird die Kooperationsbereitschaft der IGS mit allen Oberschulen des Altkreises Bersenbrück und mit allem umliegenden Gymnasium unter gleichberechtigten Partnern betont.

Wie wirkten der Schulstreik und die Demonstration der IGS auf die Menschen in größeren Städten wie Hannover oder Osnabrück? Wie sahen die Eltern, die ihre Kindern auf eine andere Gesamtschule in Niedersachsen schickten, den Streik wegen der Oberstufe in Fürstenau? Und wie wirkten die Maßnahmen der IGS auf die Landesregierung in Hannover und auf die einzelnen Politiker auf Bundesebene?

Leider können wir das nicht genau sagen, da wir keinen Zeitzeugen befragt haben, der den Streik um die Oberstufe nur aus der Presse kannte. Vielleicht waren die Eltern, die ihre Kinder auf eine andere Gesamtschule in Niedersachsen schickten, von dem festen Willen angetan und standen hinter der IGS. Und vielleicht waren einige Politiker in Hannover beeindruckt von dem festen Willen und dem Engagement und Einsatzwillen der Elternschaft. Und vielleicht empfanden andere diesen Streik wiederum als kleinen oder großen Skandal.

„Schulstreik ist beendet – ‚Als Zeichen des guten Willens der Elternschaft‘“, so lautete der Titel des Artikels, der am 26.01.1977 in der hiesigen Zeitung erschien. Warum wurde der Schulstreik frühzeitig beendet? Wir glauben, dass dies hauptsächlich an der oben schon erwähnten Aussage von Dr. Remmers lag, dass er zu keinem Gespräch bereit wäre, solange der Schulstreik lief.

Natürlich hatten die beiden Aktionen der Fürstenauer schon gewirkt. Die Öffentlichkeit war auf das Problem in Fürstenau aufmerksam geworden. Und der Kreistag wusste nun, wie die Elternschaft über den Kreistagsbeschluss dachte.

„An diesem eindeutigen Willen, hinter dem auch der Schulträger steht, kann der Kreistag nicht vorbei, ohne das Elternrecht mit Füßen zu treten.“ Dies ist in der Verlautbarung des Schulelternrates zu lesen. In dem erwähnten Artikel wird aber auch klar, dass Fürstenau weiter gekämpft hätte, wäre das Ergebnis des Gespräches mit Kultusminister Dr. Remmers für sie nicht zufriedenstellend gewesen.

## 6.2 Zur Rolle der Kultusminister

„Kreistagsabgeordneter Haar meint, die Tatsache, dass es zur Einrichtung eines Sekundarbereiches II an der Gesamtschule eines besonderen Antrages bedürfe, sei angesichts des von jedem Kultusminister in den letzten 5 Jahren zugesagten Sekundarbereich-II-Abschlusses ein Kuriosum.“ Weiter sagte Kreistagsabgeordneter Haar: „Dieses umso mehr, als am 15.12.1970 der Kultusminister laut Pressemitteilung erneut der Einrichtung eines Sekundarbereiches II zugestimmt habe und mit dem Erlass vom 04.11.1973 die regionale Schulplanung der Regierung Osnabrück Fürstenau als Standort eines Sekundarbereiches II an der IGS Fürstenau angewiesen habe.“<sup>96</sup>

In den Jahren 1972 bis 1977 war die IGS auf eine eigenständige Oberstufe hin eingerichtet worden. Wie wir schon erwähnt haben, wurde die IGS Jahrgangsweise aufgebaut. Daher ist es verständlich, dass auch die Oberstufe nicht sofort entstehen konnte. Es dauerte also 5 Jahre, bis der erste 11. Jahrgang entstehen konnte.

In diesen 5 Jahren gab es drei verschiedene Kultusminister.

1970-1974: Prof. Peter von Oerzten (SPD)

1974-1976: Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz (SPD)

1976-1982: Dr. Werner Remmers (CDU)<sup>97</sup>

Leider haben wir die Pressemitteilung vom 15.12.1970 nicht vorliegen. Doch wir haben zwei schriftliche Stellungnahmen der Vorgänger von Kultusminister Dr. Remmers, die in dem Artikel „Schulstreik ist beendet“ des Bersenbrücker Kreisblattes stehen. Dort heißt es unter anderem von Peter von Oerzten: „Dauernde Reibungen sind unvermeidlich; darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die besonderen gymnasialen Verhältnisse in der aufgepfropften Oberstufe auf die eigentliche IGS zurückwirken, die ihre Arbeit erst stören und schließlich zerstören. Dieser Plan darf daher nicht Wirklichkeit werden.“

Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz sagte unter anderem: „Ich habe als Amtsvorgänger von Herrn Dr. Remmers im Schulentwicklungsplanung die Oberstufe für die IGS Fürstenau deshalb vorgesehen, weil die einzige IGS im ländlichen Raum keine auf den Sekundarbereich I eingeschnürte Schule bleiben darf, wenn sie ihre Modellaufgaben erfüllen will.“

---

<sup>96</sup> Protokoll des Kreistages, Anlage 3 S. 8

<sup>97</sup> Wikipedia.de (25.01.2011)

Nachdem wir diese beiden Zitate gelesen hatten, waren wir uns ziemlich sicher, dass Herr Peter von Oerzten und Herr Ernst Gottfried Mahrenholz wirklich einer Oberstufe zugestimmt haben. Wir hatten leider keine genauen Papiere, die eine Zusage zur Oberstufe bestätigten. Doch wir glauben, nachdem wir diese Stellungnahmen gelesen haben, dass sowohl Peter von Oerzten als auch Ernst Gottfried Mahrenholz einer eigenständigen Oberstufe an der IGS zugestimmt haben.

Doch wie stand es um Dr. Werner Remmers? Schließlich war er derjenige, der in der wirklichen Anfangszeit der Oberstufe der IGS Kultusminister war.

Wir haben einige Zeitungsartikel des Bersenbrücker Kreisblattes gelesen, unter anderem „Dr. Remmers: ‚Ich habe andere Vorstellungen‘“ (22.01.1977), den wir auch schon einmal in unserer Arbeit erwähnt haben. Aufgrund dieses Artikels wissen wir, dass auch der Kultusminister Dr. Werner Remmers eine Oberstufe an der IGS Fürstenau haben wollte.

Doch warum setzt sich ein CDU-Mitglied für eine eigenständige Oberstufe an der IGS ein? Zunächst einmal haben wir von Herrn Selker, dem damaligen Elternvorsitzenden der IGS und CDU-Mann erfahren, dass dieser sehr gut mit Kultusminister Dr. Remmers befreundet war. Wir sind uns ziemlich sicher, dass diese Verbindung zwischen den beiden ein Grund dafür ist, dass die IGS heute eine eigenständige Oberstufe hat. „Wäre Remmers nicht katholisch, wäre er sicher Sozialdemokrat geworden.“ Dieses Zitat von Peter von Oerzten fanden wir im Bersenbrücker Kreisblatt vom 03.12.2010 zum 80. Geburtstag von Dr. Werner Remmers. Diese sicherlich scherzhaft gemeinte Äußerung beleuchtet ein weiteres Mal die Frage, warum es ausgerechnet ein CDU-Kultusminister war, der die Oberstufe der IGS rettete. Herr Dr. Remmers hätte nach dieser Ansicht auch Sozialdemokrat sein können, falls er als Protestant z.B. in Braunschweig aufgewachsen wäre. Da er aber Katholik war und im Emsland zur Welt kam, wo die CDU für ihn die „normale“ Partei war, arbeitete er sich dort hoch, ohne deren Positionen starr zu übernehmen.

Außerdem haben wir von unserer Gesprächspartnerin 3 erfahren, dass Herr Remmers sich nicht einfach so gegen seine Regierung stellen konnte, ohne irgendeine Begründung. Durch den Schulstreik und die Demonstration hatte er eine Rechtfertigung seines Handelns. Schließlich kann man als Minister nicht gegen den Willen des Volkes handeln.

Dass die Politik manchmal auch im Sinne des Volkes handelt, wird vielleicht einige Menschen wundern, die in letzter Zeit z.B. wegen der Verlängerung der KKW-Laufzeiten nicht gut auf die Politik zu sprechen sind.

Auch wir finden es nicht in Ordnung, dass unsere schwarz-gelbe Koalition in Niedersachsen manchmal einfach über unsere Köpfe hinweg entscheidet. Als die Regierung über das Turbo-Abitur entschieden hat, waren wir ziemlich aufgebracht und haben unser Bestmögliches dafür gegeben, dass sich G 8 nicht durchsetzt.

Doch wir sollten auch Verständnis für die Regierung zeigen. Es ist nicht immer einfach zu entscheiden, was das Richtige ist und was nicht. Außerdem glauben wir, dass richtig und falsch meistens auch nur einen Millimeter voneinander entfernt liegt. Es gibt immer ein Pro und Contra. Und wenn die KKW-Laufzeiten nicht verlängert worden wären, hätte sich die andere Seite aufgeregt.

Vielleicht denken jetzt manche an Volksentscheide. Dazu wollen wir kurz ein kleines Beispiel konstruieren: Bei einem Volksentscheid gäbe es die Entscheidung zwischen der Einsperrung eines Verbrechers und der Todesstrafe. Noch würde die Mehrheit, so glauben wir, sich für die Einsperrung des Täters entscheiden. Doch wie viele Menschen würden sich für die Todesstrafe entscheiden, wenn der Täter mehrere Kinder zunächst vergewaltigt und später brutal ermordet hätte?

### 6.3 Zur Bedeutung der Schulträgerschaft

Dass die IGS schließlich doch noch ihre eigenständige Oberstufe bekommen hat, hängt nicht nur mit dem damaligen Kultusminister oder der Demonstration und dem Schulstreik zusammen. Sondern auch die Schulträgerschaft für die Gesamtschule spielt eine Rolle.

Die Zuständigkeit für die Gesamtschule Fürstenau wurde im Zusammenhang mit der Veränderung des Kreistagsbeschlusses vom Landkreis Osnabrück auf die Samtgemeinde Fürstenau übertragen. Erst durch diese Übertragung wurde die eigenständige Oberstufe an der IGS möglich.

Um die Sache zu klären, wandten wir uns noch einmal per E-Mail an Herrn Dirkmann und erhielten von ihm die folgende Auskunft: „Der Landkreis Osnabrück war als Träger für die IGS Fürstenau zuständig. Als solcher hat er beschlossen, dass die IGS keine Oberstufe bekommen soll. Minister Remmers hat sich dann eingeschaltet, weil er der IGS eine Oberstufe geben wollte. Damit der Landkreis sein Gesicht wahren konnte, ist dann vereinbart worden, dass die Schulträgerschaft vom Landkreis an die Samtgemeinde Fürstenau übergeht. So konnte dann die Samtgemeinde den Antrag auf Einrichtung einer Oberstufe stellen und bekam sie genehmigt.“<sup>98</sup>

Zu diesen Veränderungen in Sachen Schulträgerschaft hatten wir uns in unserem Gespräch nach Eröffnung des Wettbewerbs die folgende Aussage Herrn Dirkmanns notiert: „Bei einem Kompromiss muss jeder oben bleiben.“

Wir denken, dass dieser Satz durchaus ein Kompromiss erklärt. Schließlich müssen bei einem Kompromiss beide Beteiligten zufrieden sein, denn es wurde versucht die Forderungen von allen Beteiligten einzubringen. Wir finden, dass ein Kompromiss vielleicht auch den umgangssprachlichen „goldenen Mittelweg“ beschreibt. Aber es wäre gelogen, wenn man behaupten würde, dass man in jeder Situation einen guten Kompromiss finden könne.

### 6.4 Die endgültige Lösung des Problems

Am 18.07.1977 verfasste der Regierungspräsident in Osnabrück einen Brief an die Samtgemeinde Fürstenau, den wir hier in Auszügen veröffentlichen wollen:

„Der Niedersächsische Kultusminister hat durch Erlass vom 12.07.1977 – 3042/307- MV 35.03 – die Erweiterung der Integrierten Gesamtschule Fürstenau um eine studienbezogene Sekundarstufe II nach § 13 Abs. 3 in Verbindung mit § 86 Abs.1 Satz 2 NSchG genehmigt.“

Weiter heißt es im letzten Absatzes dieses Dokuments: „Der Niedersächsische Kultusminister hat mich außerdem gebeten, mögliche Formen einer Zusammenarbeit mit benachbarten Gymnasien des Landkreises zu untersuchen und ihm entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“

Das war es. Das Ziel von Diskussionen, Demonstrationen, Eingaben und eines Schulstreiks war erreicht. Wir können uns vorstellen, wie erleichtert die Fürstenauer Bürger und das IGS-Kollegium gewesen waren, als sie den ersten Absatz dieses Dokuments gelesen haben. Endliche Klarheit in der Diskussion um die eigenständige Oberstufe der IGS.

Doch was meint der letzte Absatz mit „möglichen Formen von Zusammenarbeit mit benachbarten Gymnasien“? Meinten die Verfasser eine Zusammenarbeit, wie sie mit dem Artland-Gymnasium geplant worden war? War dieser Absatz nicht wieder ein Schritt in die falsche Richtung? Ein Schritt zurück? Oder vorwärts zu einer tatsächlichen und damit gleichberechtigten Kooperation? Wir kennen allerdings keine Beispiele für aktuelle Zusammenarbeit mit den Gymnasien dieses Raumes und wissen auch nichts dergleichen aus der Vergangenheit.

---

<sup>98</sup> E-Mail Herrn Dirkmanns vom 26.01.2011

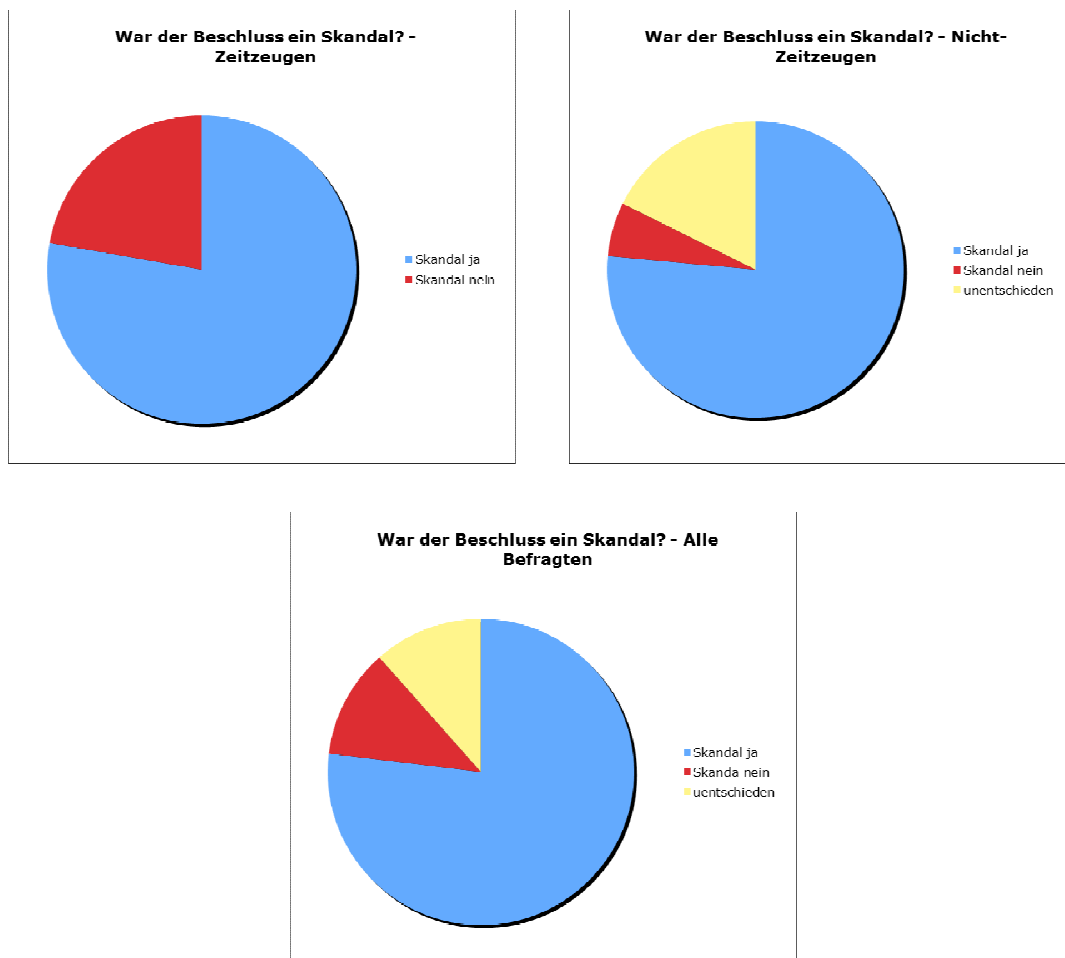
## 7. Der Kreistagsbeschluss – ein Skandal?

### 7.1 Eine Umfrage

Im Januar dieses Jahres führten wir eine anonyme Befragung der Lehrer/innen zum Thema Skandal durch. Wir fragten die Lehrkräfte unserer Schule, ob sie den Kreistagsbeschluss als Skandal betrachteten. Wir unterschieden dabei zwischen Personen, die damals schon an der IGS gearbeitet haben und denjenigen, die erst später gekommen sind. Diejenigen, die damals noch nicht hier tätig waren, baten wir sich in eine solche Situation hinein zu versetzen.

Schauen wir uns das Ergebnis einmal etwas genauer an.

Wir erhielten 28 Fragebögen zurück. Davon waren 10 Zeitzeugen und 18 Nichtzeitzeugen.



Die Befragung zeigt – wenn auch bei nicht sehr hoher Beteiligung – ein klares Ergebnis: Die überwiegende Mehrheit der befragten Lehrer und Lehrerinnen fand, dass diese Entscheidung einem Skandal gleichkäme. Aus dieser Umfrage können wir nun das Fazit ziehen, dass wir anscheinend mit unserer Themenfindung richtig lagen.

Doch warum sahen einige Lehrpersonen und einige unseren Zeitzeugen den Kreistagsbeschluss als Skandal oder anders gefragt, warum sahen einige Lehrpersonen und einige unserer Zeitzeugen den Kreistagsbeschluss nicht als Skandal?

Um die verschiedenen Sichtweisen kennen zu lernen, wollen wir auf zwei Stellungnahmen von Lehrkräften hinweisen, die beide zur damaligen Zeit schon an der IGS unterrichtet haben.

Zunächst die Stellungnahme der Lehrkraft A: „Ja ich empfand und empfinde diesen Beschluss als einen Skandal. Die Entscheidung der seit 1977 immer noch unveränderten CDU-Mehrheit im Kreistag war eindeutig subjektiv und parteipolitisch begründet.“

Nun folgt die Stellungnahme der Lehrkraft B: „Nein, das war in meinen Augen kein Skandal. Das war eine politische Entscheidung der CDU-Mehrheit, die sich auch heute noch nicht mit der Schulform Gesamtschule anfreunden kann und sich gegen diese richtete.“

Wie eigenartig! Beide haben dieselbe Begründung ihrer Sichtweise und sind doch zu zwei unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Für Lehrkraft B war es nur normal, dass der Kreis- tagsbeschluss nach der Meinung der CDU-Mehrheit ausfiel. Lehrperson A jedoch findet, dass die CDU sich nicht von parteipolitischen Hintergründen hätte leiten lassen sollen.

An diesem Beispiel kann man gut erkennen, dass zwei Personen bei fast gleicher Argumenta- tion zu unterschiedlichen Bewertungen kommen können.

Weiter sagt die Lehrperson B: „Politische Entscheidungen werden selten auf der Basis von schon mal gemachten Zusagen getroffen. Das ist bedauerlich und ein wenig negatives Merk- mal politischer Moral.“

Wir könnten nun eine sehr lange Debatte über den Begriff „Moral“ führen, welcher übersetzt Sitten und Gebräuche heißt. Doch viel entscheidender ist die Gewissheit, dass sich Sitten und Gebräuche verändern und damit ändert sich auch die Vorstellung der Moral. Einige Dinge, die uns heute ganz alltäglich erscheinen, wie z.B., dass Mädchen und Frauen auch Hosen tragen, wurden vor einiger Zeit noch als unmoralische Tat gesehen. Die Zeit verändert sich und die Moral auch. Die Lehrperson B spricht hier von einer negativen Moral bei politischen Ent- scheidungen. Aus diesem Satz lässt sich also schließen, dass in der Politik schon häufiger Entscheidungen entgegen schon bereits gegebener Zusagen getroffen worden sind. Es ist eine Sitte, also fast schon normal. Ob dies eine Sitte ist, die man beibehalten sollte oder lieber ab- schaffen sollte, ist sicherlich eine Frage, die man sich zu stellen hat. Doch ist es nicht so, dass sich eine Sachlage oder eine Situationen verändern kann? Dies fragt sich auch die Lehrperson B und sagt hierzu noch: „Es gibt aber auch Hintergründe für Entscheidungen, die sich im Lau- fe von Jahren ändern und unter Umständen von anderen handelnden Personen anderes bewert- et werden.“

Doch es gibt auch andere Aussagen wie z.B. diese Stellungnahme: „Ja, ich empfand und emp- finde diesen Beschluss als einen Skandal. Danach dachte ich: ‚Typisch Politiker – halten sich einfach nicht an Zusagen.‘“

Für uns ist auch diese Stellungnahme durchaus verständlich. Und diese Stellungnahme teilen sicherlich auch einige der IGS-Anhänger mit diesem Befragten. „Typisch Politiker ...“, be- hauptete der Zeitzeuge. Teilten dieser Zeitzeuge und ein zweiter, der ähnlich geantwortet hat, die Ansicht mit Lehrperson B, dass eine solche Entscheidung entgegen im Voraus gegebener Zusagen normal in der Politik sei? Genau können wir dies nicht sagen, da es eine anonyme Befragung war. Nach unserer Wahrnehmung könnte dies aber durchaus so sein.

Doch was bedeutet diese Bewertung von Politik für die Politik in einem demokratischen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland? Die Aussage des Zeitzeugen weist ganz klar darauf hin, dass er ein solches Verhalten von Politikern nicht positiv auffasst, er es aber schon gewohnt ist. Er hat eigentlich nichts Anderes erwartet. Wenn viele deutsche Bürger so denken, heißt das denn dann nicht, dass sie unzufrieden mit der Politik sind? Und wäre unsere Politik dann wirklich noch demokratisch? Wenn manche einfach sagen: „Typisch Politiker...“ und es dabei belassen? Würde unsere Politik dann nicht nur von denen geführt, die dies als Beruf ausüben und sich deshalb dafür interessieren? Und was ist mit den anderen? Und wie stehen wir selbst zur Politik? Wir haben uns dies selbst gefragt und mit der Antwort ein wenig Zeit gelassen.

Sie lautet: Wir können uns nicht vorstellen in einer Partei mitzuarbeiten, da es unter anderem viel Zeit in Anspruch nehmen würde, die wir auf einer Ganztagschule sicherlich nicht immer haben. Auch würden wir nicht in einer Partei mitarbeiten wollen, weil uns auch die Aktionen und Entscheidungen der Parteien nicht immer gefallen. Andererseits: Wenn kaum ein/e Bürger/innen sich für die Politik interessiert und dann auch nicht mehr wählen ginge, wäre dies sicherlich auch nicht sehr positiv.

Kaum Jugendliche in unserem Alter interessieren sich für Politik. Doch warum ist dies so? Zu unseren Erfahrungen während der Erstellung dieser Arbeit zählt auch der im Arbeitsbericht näher beschriebene Kontaktversuch zu einem Abgeordneten aus unserer Region. Er hat sich trotz mehrfacher Kontaktaufnahme nicht gemeldet. Ist dies eine gute Motivation für Jugendliche unseres Alters?

Doch nicht nur einige Lehrer-Zeitzeugen finden, dass der Beschluss kein Skandal sei. Auch einige Eltern-Zeitzeugen, die sich aktiv mit am Schulstreik und an der Demonstration beteiligt haben, sagten uns im Interview, dass sie dies nicht als Skandal bezeichnen würden. So sagte uns Zeitzeugin Nr. 5 „Das Wort Skandal hat immer etwas Negatives an sich. Um dies zu verhindern, würde ich es so ausdrücken: ‚Ein Skandal, der etwas Positives bewirkt hat.‘“

Die Frage, die sich uns nun gestellt hat, war folgende: „Hätten unsere Zeitzeugen am 22.01.1977, am Tag der großen Demonstration in Fürstenau, auch gesagt, dass der Kreistagsbeschluss kein Skandal war/ist?“ Leider können wir diese Frage nicht beantworten. Sicher ist allerdings, dass seit dem Kreistagsbeschluss, dem Schulstreik und der Demonstration 34 Jahre vergangen sind. Und in dieser Zeit konnte man sich noch vielerlei Gedanken zu diesem Thema machen. Auch waren damals alle Beteiligten sicherlich emotional stärker bewegt als heute, da der Beschluss ja schon rückgängig gemacht wurde. Und vielleicht liegt es auch an dem höheren Alter, welches die Lehrer und auch einige Eltern nun erreicht haben. Schließlich sagt man ja, dass man im Alter ruhiger wird und manche Dinge gelassener sieht.

## 7.2 Zum Begriff Skandal

### 7.2.1 Zur Begriffserklärung

Ein Skandal bezeichnet ein Aufsehen erregendes Ärgernis und die damit zusammenhängenden Ereignisse oder Verhaltensweisen.<sup>99</sup>

Wenn man in die Internetsuchmaschine Google das Themenstichwort des diesjährigen Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten eingibt, erscheint nach Videos zu Skandalen, der Definition vom Wort Skandal auf Wikipedia und einer anderen Website, als Viertes ein Artikel mit der Überschrift „Dioxin-Skandal: Bundesinstitut gibt Entwarnung.“ Wir denken, dass jeder von diesem Skandal, der am Anfang dieses Jahres wütete, gehört hat.

Warum wurden das verseuchte Fleisch und die verseuchten Eier zum Skandal? Muss ein politisches Thema irgendeinen festgelegten Grad überschreiten, um Skandal genannt zu werden, oder muss das von jedem einzelnen selbst entscheiden werden?

Klar ist nur, dass nicht alle Personen ein Ereignis gleich als Skandal ansehen. Doch warum ist das so?

Als wir uns vor zwei Jahren mit dem Stichwort „Helden“ beschäftigten, mussten wir feststellen, dass dieselbe Person in den Augen des einen Betrachters ein Held und in den Augen des anderen ein Verräter sein konnte. Es liegt jeweils am Standpunkt des Beurteilers. Genauso verhält es sich wohl mit dem Begriff „Skandal“. Was für einen SPD-Politiker ein Skandal ist für den CDU-Politiker eine kluge Entscheidung. Was für uns Schüler ein Skandal ist, könnte für einen Lehrer ganz normal sein. Und so unterscheiden wir uns in unseren Ansichten.

---

<sup>99</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Skandal> 07.02.2011

Auf der Internetseite Wikipedia haben wir folgenden Abschnitt gefunden: „Zu wissen, worüber sich eine Gesellschaft empört, lässt ablesen, wo und wie die überschrittenen Grenzen liegen. Insofern lassen sich über Skandale Rückschlüsse auf die jeweiligen Norm- und Wertvorstellungen bzw. Konventionen einer Gesellschaft ziehen.“

Die Fürstenauer Gesellschaft hat sich empört. Doch worüber denn genau? Haben sie sich darüber empört, dass ein Beschluss gefasst wurde, der eine ihnen gegebenen Zusage veränderte? Oder haben sich die Fürstenauer darüber empört, dass ihre Interessen verletzt wurden?

Hätte sie sich auch dann beschwert, wenn ein Beschluss zu Gunsten der IGS gefasst worden wäre, z.B. für eine Erweiterung der bisher geplanten Oberstufe um einen berufsbildenden Zweig? Das glauben wir eher nicht.

Doch wo wurde hier die Grenze überschritten? Oder: Wurde überhaupt eine Grenze überschritten? Eigentlich wurde hier doch keine Grenze überschritten. Es ist nichts geschehen, was man nicht hätte vorhersehen können. Es wurde einfach nur ein Beschluss gefasst, für den die Mehrheit der zuständigen Abgeordneten sich entschieden hatte. Also könnte man, wenn man die obige Definition zugrunde legt, doch nicht von einem Skandal sprechen – oder?

Oder wurde hier vielleicht doch eine unsichtbare Grenze überschritten und zwar die Grenze des Zumutbaren? Wenn das Interesse einer großen Gruppe in einer kleinen Region stark verletzt wurde, ist für uns durchaus die Grenze des Zumutbaren überschritten worden.

Die Fürstenauer Bürger sprachen also von einem Skandal, weil sie fanden, dass der Kreistagsbeschluss die Vorschriften für angemessenes Verhalten gegenüber einer Stadt verletzte? Vielleicht war dies wirklich so. Die Fürstenauer Bürger sprachen vielleicht deswegen von einem Skandal, weil sie sich vom Kreistag hintergangen fühlten. Nach der Entscheidung des Kreistages waren die Fürstenauer Bürger empört. Laut dem Wikipediastext übertrat dieser Beschluss für die Fürstenauer Bürger die Grenze. Und auch im Heft „Spuren suchen“ wird im Vorwort gesagt: „... wird regelmäßig mit Berichten über unerhörtes Verhalten konfrontiert.“ (S. 3) Weiter wird gesagt: „Ob das am Ende gelingt, liegt an den Reaktionen des Publikums, also an uns. Erst wenn das Aufsehen in eine weithin geteilte Empörung umschlägt ist klar, dass die Grenze für ein akzeptiertes Verhalten überschritten wurde.“ Haben die Fürstenauer Bürger also selbst den Kreistagsbeschluss zu einem Skandal gemacht?

#### 7.2.2 Skandal – für wen? Für wen nicht?

Ob ein Ereignis ein Skandal ist oder nicht, liegt im Auge des Betrachters. Die Frage, die jetzt kommt, ist sicherlich ganz klar: Wer hat den Kreistagsbeschluss als Skandal angesehen und wer nicht?

Wir sind fest davon überzeugt, dass einige Bürger der Stadt Fürstenua den Kreistagsbeschluss als Skandal ansahen. Dies können wir auch durchaus nachvollziehen. Schließlich hätte zum Einen die hervorragende Arbeit der IGS-Lehrer zur Planung des Sekundarbereiches II, die viel Zeit in Anspruch genommen hatte „für die Katz sein können“, zum Anderen hatten die IGS-Anhänger Zusagen von allen drei vorherigen Kultusministern bekommen, die zu der damaligen Zeit anscheinend nicht mehr berücksichtigt werden sollten. Ja, wir denken schon, dass das Verhalten und die Empörung über den Beschluss durchaus verständlich waren. Doch wie war das für diejenigen, die gegen die IGS waren?

Hier müssen wir wieder einmal einen ganz klaren Schnitt zwischen der Landes-CDU und der CDU in Fürstenua machen. Alle unsere Zeitzeugen haben uns versichert, dass die Fürstenauer CDU immer voll und ganz hinter der IGS gestanden habe. Das Problem war die CDU außerhalb Fürstenaus.

Auch hier sind wir überzeugt, mit unserer Annahme, dass die IGS-Gegner den Beschluss des Kreises nicht als Skandal ansahen, richtig zu liegen. Schließlich war der Beschluss des Kreistages für die CDU ein Erfolg, auf den sie hingearbeitet hat. Es gibt wie so häufig die eine und die andere Seite. Und man muss sich in die Lage beider Seiten hinein versetzen. Die Seite der CDU, die außerhalb von Fürstenuau tätig war, würde sicherlich einige andere Beschlüsse bzw. Maßnahmen, die in der IGS vor oder nach dem Kreistagsbeschluss beobachtet wurden, eher als Skandal bezeichnen. Die Mängel und Fehler, die an der IGS im Laufe der Jahre aufgetreten sind und auf die wir im Kapitel 4 eingegangen sind, haben einige sicherlich auch als Skandal empfunden. Sehr wahrscheinlich wollten sie aufgrund anderer Geschehnisse, die in ihren Augen eher einen Skandal verkörperten, dass die Schule eingeschränkt wurde.

### 7.2.3 Skandal – und immer wieder Skandal?

Noch einmal wollen wir kurz zurückblicken: Wie kam dieser Skandal überhaupt zu Stande? Wenn man so will, könnte man die Aussage „Unter dem Kreuz unterrichte ich nicht ...“ oder die Verteilung der KBW-Flugblätter durch einen Lehrer, der an der IGS tätig war, als Skandal ansehen. Wie wir vermuten, hat die Kreis-CDU vielleicht auch aufgrund dessen beschlossen, die Schule auf die Sekundarstufe I einzuschränken. Dieser gefasste Beschluss wurde nun für die Mehrheit der Fürstenuauer Bürger ebenfalls zu einem Skandal und wurde wiederum von einem anderen Skandal – dem Schulstreik – bekämpft. Denn ein Schulstreik ist gesetzwidrig und könnte deshalb so auch bewertet werden.

Man könnte sagen, dass ein Skandal den anderen wiederum schafft und von einem neuen Skandal bekämpft wird.

Ist dies unabhängig vom untersuchten Fall ein nie endender Kreislauf, in den man sich dann eventuell begibt? Vielleicht, vielleicht aber auch nicht. Schließlich entscheiden wir selbst, wie viel Aufsehen ein Ereignis erzielen kann und inwieweit es zu einem Skandal wird. Erwähnen sollte man vielleicht, dass einige unserer Zeitzeugen immer wieder betont haben, dass das Wort Skandal etwas ziemlich Negatives an sich hat.

### 7.3 Und was ist mit uns?

Diese Frage stellt man sich natürlich am Ende einer solchen Arbeit. Beim letzten Wettbewerb war, so finden wir, diese Frage für uns leichter zu beantworten. Schließlich war für uns damals klar, dass, wenn man von Krieg spricht, welcher Tausenden von Menschen das Leben bzw. die Familie, das Haus und noch viele andere Dinge nimmt, eigentlich nicht auch von Helden bzw. Heldentaten die Rede sein kann.

Wir wissen nicht, ob wir bei der Frage, ob der Kreistagsbeschluss ein Skandal war, objektiv bleiben können. Schließlich ist die IGS Fürstenuau unsere Schule und man möchte sie nicht in einem falschen Licht stehen sehen. Und auch wissen wir sehr wohl, dass alle Gymnasien trotz einer vierten Oberstufe in der Region heute immer noch bestehen. Anschließen können wir uns aber unserem Zeitzeugen mit der Bewertung: „Wenn man das Wort Skandal hört, denkt man gleich auch an etwas Negatives.“ Und sicherlich gibt es immer zwei Seiten, deren Blickwinkel man sich bewusst sein muss, um eine solch komplexe Frage beantworten zu können. Die Bewertung des Kreistagsbeschlusses als Skandal war vielleicht auch ein Antrieb für Eltern, Schüler und Lehrer, gegen diesen zu kämpfen. Und dieser Kampf hat uns die Oberstufe gerettet, wovon wir auch heute noch profitieren. Deshalb kommen wir am Schluss noch einmal auf unsere zweite Frage zurück und beantworten sie deutlich: „Ja, der Kreistagsbeschluss war ein Skandal.“

## 8. Ein herzliches Dankeschön am Schluss

Ganz am Schluss unserer Arbeit möchten wir uns bei den vielen Mitwirkenden bedanken, ohne deren Hilfe wir niemals zu diesem Ergebnis gekommen wären. Um nicht in einen Bewertungszwang zu kommen sind sie hier in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet:

Frau Alenberg (Korrekturlesen), Herr Barkmann (Hilfe bei der Informationsbeschaffung), Frau Blume (Informantin), Herr Bruns (Diagramme, Internetseite), Herr Dirkmann (Experte und Informant), Frau Haar (Informantin), Herr Isfort (Iserv-Zugang), Herr Kamlage (Informant), Frau Klausling (Informantin, Materialien), Herr Koralewski (Materialien und Informant), Herr Neumann (Materialien), Herr Reiter (Informant), Herr Rolfes (Drucken, Kopieren und Binden des Werkes), Herr Scherpenberg (Informant), Frau Schulte (Informantin), Herr Schmidt (Informant, Ratgeber, Tutor), Herr Selker (Materialien und Informant), Herr Treichel (Informant), Herr Wieziolkowski (Materialien).

Außerdem wollen wir allen Lehrern danken, die uns so großzügig von ihrem Unterricht beurlaubt haben. Ohne die ein oder andere zusätzliche Stunde wäre diese Arbeit sicherlich nicht möglich gewesen. Und auch ein Dank an die Verwaltung unserer Schule, die uns mit ihrem großen Engagement unterstützt hat. Ohne sie hätten wir das ein oder andere Dokument sicherlich nicht zu Gesicht bekommen. Und dann wäre noch Frau Knocke zu erwähnen, die uns des Öfteren die Benutzung der ruhigen Arbeitsplätze in der Bibliothek ermöglicht hat.

## 9. Anhang

Verzeichnis der schriftlichen Quellen (Internetadressen/Zeitungsartikel/Bücher/Schriftstücke)  
Internetadressen:

- [http://www.election.de/hist/hist\\_ns.html](http://www.election.de/hist/hist_ns.html) 28.01.2011
- [http://volksbegehren-schulen.de/modx/assets/files/Informationen/Hintergrund/VolksbegehrenSchulen\\_DG\\_Gesamtschulen\\_in\\_Niedersachsen.pdf](http://volksbegehren-schulen.de/modx/assets/files/Informationen/Hintergrund/VolksbegehrenSchulen_DG_Gesamtschulen_in_Niedersachsen.pdf)
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Georg\\_Diederichs](http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Diederichs)
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Richard\\_Langeheine](http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Langeheine)
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke\\_Duisburg%E2%80%93Quakenbr%C3%BCck#Rheine\\_E2.80.93\\_Quakenbr.C3.BCckNun](http://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke_Duisburg%E2%80%93Quakenbr%C3%BCck#Rheine_E2.80.93_Quakenbr.C3.BCckNun)
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Che\\_Guevara](http://de.wikipedia.org/wiki/Che_Guevara)
- <http://www.leoninum.org/Leoninum/frameset/index.html>
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Skandal>
- [www.igs-fuerstenau.de](http://www.igs-fuerstenau.de)
- [http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/kt\\_protokoll\\_770117.pdf](http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/kt_protokoll_770117.pdf)
- [http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/strukt\\_entw.pdf](http://www.geschichtswettbewerb.igs-server.org/pdf/strukt_entw.pdf)

Zeitungsartikel: Bersenbrücker Kreisblatt, Lokalteil der Ausgaben folgender Tage:  
02.12.1970, 22.08.1968, 29.08.1970, 22.08.1968, 24.01.1977, Weihnachten 1971, 15.01.1977,  
05.02.1977, 19.01.1977, 04.02.1977, 22.01.1977, 21.01.1977, 21.01.1977, 24.01.1977,  
24.01.1977, 22.01.1977, 26.01.1977, 03.12.2010

Bücher/Festschriften:

- Gesamtschule Fürstenau 1971-1991 (Festschrift zum 20-jährigen Bestehen)
- August Schröder: Fürstenau – Burg und Stadt in Wort und Bild. Fürstenau 1970
- Festschrift `Über drei Jahrzehnte Integrierte Gesamtschule Fürstenau`

Schriftstücke/Flugblätter:

- „Erziehung und Wissenschaft“ 4/1992
- Flugblatt des Förderkreises der IGS Fürstenau „Das Windei des Jahres“
- Flugblatt „Wir streiken“